H 8040 F
Nummer 66
Sept./Okt. 00
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



In diesem Heft:

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16
30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Ist ein Polizeibeamter zu viel erschossen worden? Ist ein Gewerkschaftler zu oft bedroht worden? Oder musste ein Außenminister ständig beim Staatsdiner beschwichtigen? Oder ist diesen Sommer einfach nur kein Krokodil entlaufen? Fragen über Fragen zum Sommer des Antifaschismus, in dem unisono Medien und Politik von „Zivilcourage" und „Signale" gegen Rechts reden. Warum aber erst jetzt - nachdem über 195 Menschen in den letzten Jahren von Neonazis ermordet wurden und unzählige Menschen täglich bedroht werden, da sie anderen Glaubens, anderer Hautfarbe, behindert oder homosexuell sind?

Eine allumfassende Antwort kann nicht - noch nicht - gegeben werden. Zu unterschiedlich sind die Akteure, zu verschieden die Motivationen und zu vielschichtig die Diskurse. Die Motivationen können von ernsthafter Angst um die humanistischen Grundwerte, über die Sorge um das Ansehen des Landes oder der Kleinstadt reichen.

Ganz davon abgehen, dass auch die jeweiligen Institutionen, Parteien und Publikationen keine einheitliche Position vertreten. Fordert eine „Grüne" ein Verbot der NPD, widerspricht ein Parteikollege. Kritisiert die „taz" als Aufmacher die rechten Stichwortgeber der politischen Mitte, stellt sie auch unkritisch Neonazis vor.

All die populistischen Reden und medialen Bekenntnisse täuschen aber kaum über die Sprachlosigkeit hinweg. Die Berichterstattung der Medien liefern kaum Fakten, die nicht schon bekannt waren, die Anmerkungen der Wissenschaft wiederholen ihre gescheiterten Analysen von Konflikten der Modernisierung und die Ad-hoc-Forderungen der Politiker zeigen deren Konzeptionslosigkeit. Dort, wo die Affinitäten zwischen liberaler Gesellschaft und neofaschistischer Gemeinschaft zur Sprache kommen, setzt das Schweigen ein. Über die immanenten antihumanistischen und antiemanzipatorischen Elemente des bürgerlichen Staats wird öffentlich geschwiegen. Was bleibt sind lautstarke moralische Appelle – ohne Substanz und Alternative.

Diesen Widerspruch erkennend fordert Roland Koch bereits die Debatte zu beenden und rät zu „einer gewissen Gelassenheit". Er befürchtet, dass auch der Neokonservatismus in diesem Kontext öffentlich diskutiert werden könnte.

Wie kurz der antifaschistische Sommer sein wird, deuten bereits die nach den moralischen Appellen folgenden politischen Reaktionen an. Allen voran fordert Günther Beckstein ein Verbot der NPD und will zugleich eine Einschränkung der demokratischen Rechte. Mehrere Millionen aus dem Bundeshaushalt stellt Otto Schilly für antifaschistische Projekte bereit und rechnet prompt die Rückführung von Flüchtlingen aus Bosnien als antifaschistisches Engagement vom selbigem Konto ab. Gerhard Schröder erklärt das Thema zur „Kanzlersache" und damit als schnell lösbar. Renate Künast lehnt ein NPD-Verbot ab, setzt dabei aber die extreme Rechte mit der radikalen Linken gleich.

Doch trotz alle dem. Bei aller Kritik: die öffentliche Debatte schränkt zumindest den militanten Neonazismus etwas ein. Und bei aller Skepsis: die staatliche Definition des Antifaschismus als Staatsfeind Nr. 1 als „nationalen Konsens" scheint ansatzweise aufgebrochen worden zu sein.

So kurz der Sommer auch sein mag, er birgt verschiedene positive Momente, die im Diskurs genutzt werden könnten. Die Gleichsetzung von Faschismus und Antifaschismus mittels Totalitarismustheorie könnten hier und da aufgebrochen werden. Die Akzeptanz von Faschismus als eine Meinung könnte hin und wieder hinterfragt werden. Das schleichende Revidieren humanistischer und emanzipatorischer Werte könnte da und dort aufgezeigt werden. Nicht zuletzt könnten auch neue Bündnispartner gefunden werden. Allein diese Optionen machen bereits so manchen Sommer-Antifaschisten Sorgen.

Viel zu tun.

Die nächste Ausgabe von Der Rechte Rand erscheint Anfang November. Redaktionsschluss ist am 9. Oktober diesen Jahres.

Thomas Pfeiffer

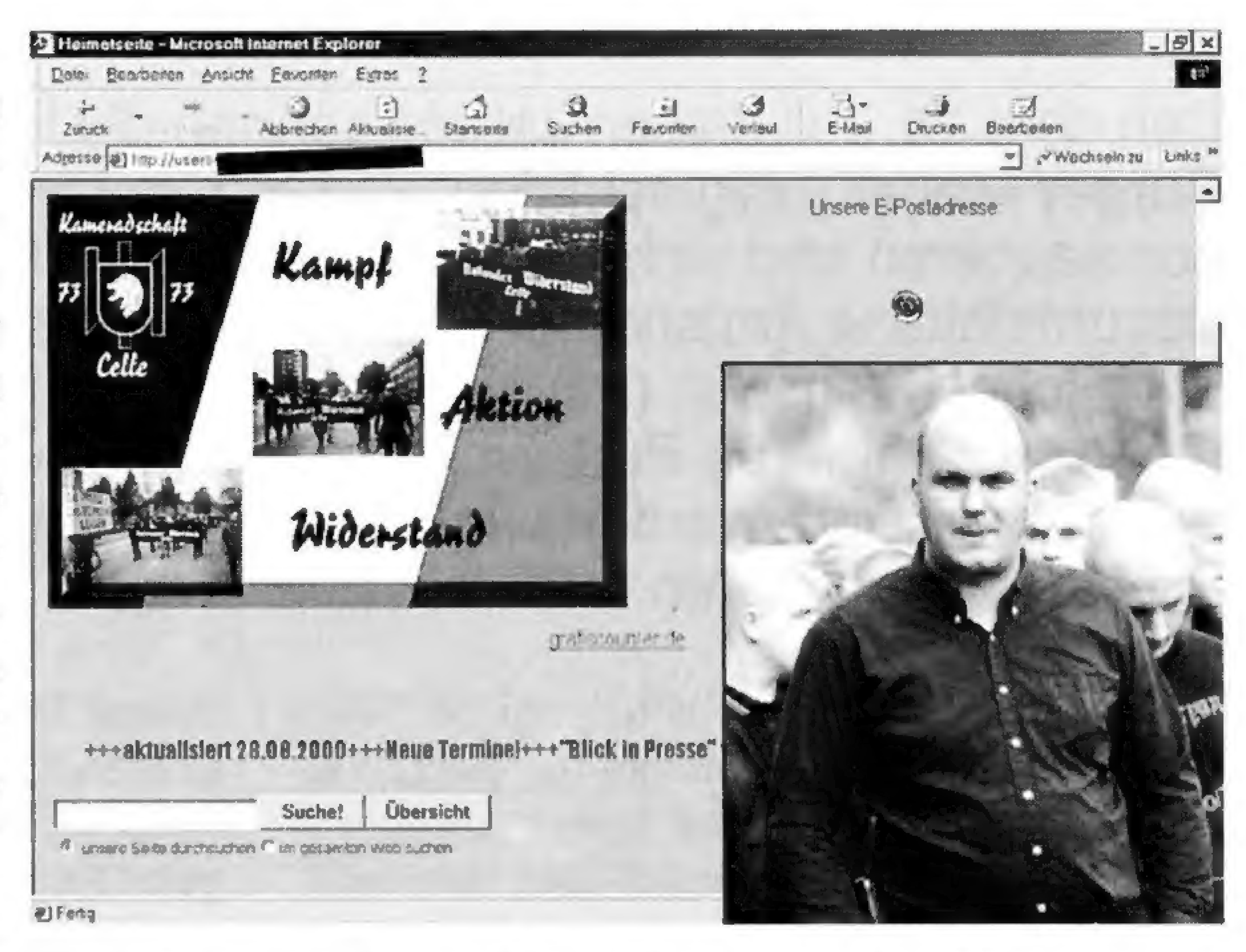
Online: Agitieren und Kasse machen

Rechte Computeraktivisten haben ihre Ziele nur zum Teil erreicht

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat akribisch gezählt. Über 500 Internetseiten haben deutsche Rechtsextremisten inzwischen ins Netz gestellt - rund fünfzehn Mal so viele wie 1996 -, ein knappes Viertel von ihnen enthalte strafbare Inhalte. Doch solche Zahlen allein sagen wenig darüber aus, was Rechtsextremisten im Netz treiben. Und nicht jedes Wunschdenken von Neonazis mit Computerkenntnissen hat sich realisieren lassen.

Als im März 1993 der Mailboxenverbund "Thule-Netz" an den Start ging, schwärmten seine Initiatoren um den Erlanger Thomas Hetzer noch davon, eine breite Öffentlichkeit per Datennetz mit rechter Propaganda zu beglücken. Zudem sollte das Thule-Netz den zersplitterten deutschen Rechtsextremismus zusammenführen und zum Schaufenster des braunen Lagers werden. Verschlüsselung, so hoffte man, werde geheime Kommunikation einfacher und sicherer denn je machen, der Draht zu Boxen im Ausland internationale Kontakte pflegen.

Das "Thule-Netz" hat kaum eines der Ziele erreicht. Es hat sich gespalten und ebenso wie die Konkurrenz-Gründung "Nordland-Netz" im Sommer vergangenen Jahres aufgelöst. Lediglich das kleine "Thing-Netz" mit maximal 30 Usern schließt an die rechte Mailbox-Tradition an. Im Internet lebt "Thule" mit einer eigenen Domain fort, die sich allerdings verselbstständigt und mit dem Ursprungsnetz nicht mehr allzu viel gemein hat. Zu den Vorreitern in Computerdingen zählten von Anfang an Aktivisten der "Jungen Nationaldemokraten". Die NPD hatte schon in den frühen 1990er-Jahren mit eigenen Seiten im Btx-System der Post experimentiert - an ihren digitalen Anstrengungen lassen sich Erfolge wie Schwierigkeiten der Szene mit dem neuen Medium besonders deutlich erkennen.



Nach Sperrung bei ausländischem Provider: Klaus Hellmundts Seite der „Freien Nationalen Jugend Celle"

Bald nachdem die erste NPD-Homepage am Netz war ("Der Aufbruch" vom Kreisverband Augsburg) trommelte die Partei ihre jüngere Klientel zu zwei Seminaren ("Nationalen Internet-Kongressen") in Augsburg und Stolberg zusammen, und der 1996 frisch gewählte Vorsitzende Udo Voigt propagierte die "elektronische Vernetzung der europäischen Nationalisten". Zwar hat noch lange nicht jedes Kreisbüro einen Netzanschluss. Doch nirgendwo marschieren heute NPD-Anhänger - als "Nationaler Widerstand" verkleidet -, ohne dass die Partei zuvor per Internet mobilisiert hätte, unterstützt von verwandten Homepages, die nicht an die Partei gebunden sind - etwa die Seite des großspurig als "Nationales Informationszentrum Deutschland" auftretenden Hamburger Neonazi André Goertz.

Parteileitung und die Köpfe freier Kameradschaften verbreiten rund zwei Monate vor größeren Veranstaltungen ihre Aufrufe. Es folgen Tipps und Infos, Rufnummern für Mitfahrgelegenheiten etwa. Wird eine Veranstaltung verboten, hält das Internet die Anhängerschaft über rechtliche Schritte auf dem Laufenden und gibt bis kurz vor der Aktion Anordnungen ("Halten Sie in Ihren Bussen zu der Ihnen bekannten Telefonnummer Kontakt und befolgen Sie alle Anweisungen des NPD-Koordinators"). Zwar hat das Internet (im Newspeak vieler Neonazis: "Weltnetz") keines der gängigen Mobilisierungsmittel (Fax, Flugblatt, Infotelefon, Presse und informelle Szenekontakte) überflüssig gemacht, aber es ist das optimale Instrument, um kurzfristig Genehmigungen, Verbote von Aktionen und Alternativveranstaltungen bekannt zu machen. Von laufenden Aktionen pflegt die NPD, mitunter im Halbstundentakt, Fotos und Berichte einzuspeisen - für Presse und Daheimgebliebene.

Virtueller Widerstand?

Die Präsenz der Neofaschisten im Internet war in den letzten Wochen ein häufig diskutiertes Problem in den Medien. Dabei wurde auch immer wieder die Frage diskutiert: Was kann gegen die Nazis im Internet getan werden? Und: Nutzt ein Verbot? Über diese Fragen sprach DER RECHTE RAND mit Mitarbeitern von "nadir", einem strömungsübergreifendem virtuellen Informationssystem zu linker Politik und sozialen Bewegungen.

Der Rechte Rand: *Was ist von der gegenwärtigen Diskussion über das Verbot von Nazi-Sites im Internet zu halten?*

nadir: Über den Umweg dieser Debatte sollen Kontrollmechanismen ins Internet eingebaut werden. Momentan ist es technisch relativ schwierig, im Netz Grenzen - welcher Art auch immer - zu ziehen. Das funktioniert im Prinzip nur durch massive Mitarbeit der Unternehmen, von denen die Infrastruktur gestellt wird. Die zeigen derzeit allerdings noch kein Interesse, irgend etwas zu filtern, weil es für sie Arbeit und Aufwand bedeuteten würde. Konkret heißt das, dass jeder der einen Internetzugang haben will, sich auch registrieren lassen muss und dass das auf Dauer nicht mehr so einfach gehen wird, wie heute. Jeder, der von Deutschland aus eine Website betreibt, muss dies auch kenntlich machen. Die härteste Stufe wäre sicher, wenn der Zugang zum Internet über technische Mechanismen aufgrund von Sperrlisten eingeschränkt würde, wie es unter anderem in Saudi-Arabien oder China der Fall ist.

DRR: *Gibt es virtuellen Widerstand im Netz?*

nadir: Sichtbaren virtuellen Widerstand gegen Nazi-Sites in Form von technischen Angriffen auf die Infrastruktur gibt es nicht. Es ist auf rein technischer Ebene auch nicht einfach, dafür zu Sorgen, dass die Nazis aus dem Netz verschwinden und mir ist auch kein Fall bekannt, in dem das zu relevanten Ergebnissen geführt hätte. Es gibt aber auf einer anderen Ebene durchaus Möglichkeiten für antifaschistische Arbeit im Netz. Diese ist mit der Nazi-Zeitschriften-Boykott-Kampagne von vor einigen Jahren vergleichbar, weil die damalige Methode auch auf die Provider übertragen werden kann: Wenn man feststellt, dass ein Provider noch Nazi-Sites bei sich anbietet, kann man ihn auf den Inhalt seiner Seiten aufmerksam machen. Sollte er darauf nicht reagieren und/oder die Seiten weiterhin im Angebot behalten, kann man auch seine Kunden über das Angebot informieren. Somit hat man zumindest in Deutschland eine Chance, die Provider anzugehen und die Verbreitung solcher Informationen zu erschweren. Verhindern kann man das damit natürlich nicht, weil die Nazis dann ins Ausland gehen.

DRR: *Und wo liegt dann das Problem?*

nadir: Wenn eine Website im Ausland liegt, kann nicht nach deutschem Recht verfahren werden. Nichtsdestotrotz gibt es strafrechtlich relevante Inhalte wie Volksverhetzung oder Leugnung des Holocaust. Wenn nun der Urheber der Site in Deutschland ist, dann ist er dafür auch haftbar zu machen.

Das Gespräch für DER RECHTE RAND führte Janine Clausen.

Auch in technischer Hinsicht ist die NPD Vorreiter der Szene. Im Februar 1997 erhielt sie eine eigene Domain, seit April des Jahres tritt sie als Provider auf. Beide Schritte haben Nachahmer gefunden. Etliche (bei weitem nicht alle) Net-Nazis spielen inzwischen gekonnt mit Mailinglisten, Gästebüchern und Chaträumen auf der Internetklaviatur. So etwa die Homepage des Skin-Musikmagazins "RockNord", herausgegeben vom rheinischen Rechtsaußen-Yuppie Torsten Lemmer. Printausgabe und Homepage hangeln sich mit Bedacht an der Grenze zwischen Strafbarem und rechtlich nicht zu greifender Symbolik entlang - die Empfehlungen für Härteres liefert das Gästebuch. Hörprogramme wie das "Radio Nord", an dem Lemmer ursprünglich beteiligt war und das jetzt von Goertz und Mitstreitern betrieben wird, liefern Samples der neusten Skin-Produktionen. Für einen Schreiber im "RockNord"-Gästebuch zählt die monatlich erneuerte Sendung "zu den geilsten Seiten im Internet".

Das neuste Angebot rechtsextremistischer Internet-Seiten sind MP3-Dateien mit rassistischem Liedgut. Massenhaft bieten Pages wie "White Power MP3" in Deutschland verbotenes oder zumindest indiziertes Material anonym und über Internet-Dienstleister im Ausland an. Zu den Alben, die jeder Nutzer in CD-Qualität auf den eigenen Computer kopieren kann, zählen etwa die "12 Doitschen Stimmungshits" der "Zillertaler Türkenjäger". Über die grassierende Verbreitung von MP3 sind nicht alle in der Szene begeistert. Geschäftemacher befürchten Umsatzeinbußen, wenn CD, die sie gegen teures Geld verkaufen, per Mausklick auch kostenlos zu haben sind. Dass das weltweite Computernetz deutschen Staatsanwälten Grenzen setzt, nutzen Neonazis schon lange aus: als einer der ersten der notorische Holocaustleugner Ernst Zündel in Toronto. Zündel hat gegen die Indizierung von Teilen seiner Domain inzwischen geklagt und - vertreten durch den Rechtsaußenanwalt Jürgen Rieger - in erster Instanz gewonnen. Einen mehr als symbolischen Effekt hat die Maßnahme der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften aber ohnehin nicht gehabt. Wirksamer sind Schritte der Provider, die Neonazi-Homepages von ihren Servern werfen. So ist es vor Kurzem der Seite "White Power MP3" ergangen, die allerdings jetzt über einen neuen Anbieter wieder online ist.

Lemmer, der - ähnlich wie Gerhard Frey - Rechtsextremismus mit Kommerz verbindet, weiß seit langem in digitalen Welten Kasse zu machen. Die "RockNord"-Domain verweist auf seinen Onlinekatalog, der fast alles anbietet, was das rechte Skinheadherz höher schlagen lässt (etwa ein schwarzweißrotes Tischfähnchen). Der mit Lemmer kooperierende André Goertz will es dem Vorbild vom Rhein offenbar nachtun. Der Internet-Auftritt seines "Nord-Versandes" ist zumindest professioneller als der des größeren lemmerschen MZ-Vertriebes.

Woran das "Thule-Netz" scheiterte, das hat das Internet verwirklicht: Es ist ein Schaufenster des Rechtsextremismus, in dem heute die ganze heterogene Bandbreite der Szene zu besichtigen ist. Dazu zählen Intellektuelle und im Jargon bedächtigere Neurechte wie die Zeitschrift "Staatsbriefe" (Hans-Dietrich Sander), Parteien, Runenzirkel, Nazischnulzen, Skin-Rock und Geschichtsverdreher vom Schlage Zündels. Manche dieser Seiten dümpeln isoliert vor sich hin, die meisten sind durch Links verbunden und tragen so zur nationalen und internationalen Vernetzung der deutschen Szene bei.

Über die Breitenwirkung lässt sich nur spekulieren. Verlässliche Nutzungsdaten gibt es nicht. Den Ausbruch aus dem "rechten Ghetto", den das "Thule-Netz" angekündigt, aber nicht verwirklicht hat, propagieren Computeraktivisten mit bekanntem Pathos: Das Netz sprenge die "Mauern der volksfeindlichen Zensur", predigte der österreichische Neonazi Walter Ochsenberger jüngst in seiner Zeitschrift "Phoenix", es eröffne der Szene " eine Schnellstraße der Wissensvermittlung ins Volk". Womöglich aber auch nur abseitige Feldwege. Aus den Sphären dessen, was am windigen Bahnhofskiosk oder unter der Ladentheke zu haben ist, im Kofferraum versteckt oder im dezenten Schutzumschlag nach Deutschland befördert werden muss, sind rechtsextremistische Schriften jedenfalls heraus.

Andreas Speit

Rechts-Partei mit Rechtsproblemen

Seit dem 14. Juli diesen Jahres können die Hamburger Bürgerinnen und Bürger wieder ruhig schlafen. Zumindest können sie jetzt wieder von einer sauberen und sicheren Hansestadt träumen. An diesem Tag stellte der umstrittene Amtsrichter Ronald Barnabas Schill seine "Partei Rechtsstaatliche Offensive" (PRO) vor. Ein Jahr vor den Bürgerschaftswahlen verspricht der neue Parteivorsitzende: "Wenn wir in der Regierungsverantwortung sind, werden wir binnen 100 Tagen die Zahl der Verbrechen in Hamburg halbieren."

Schnelles Handeln sei nötig, um die "verheerenden Zustände in Hamburgs Justiz" zu beenden, betont Schill und fordert ein hartes Durchgreifen gegen "Chaoten" und "ausländische Banden". Es müsse Schluss gemacht werden mit der "täterfreundlichen Rechtsprechung" in Deutschland. Ein Anfang könne die Einführung der Todesstrafe sein.

Für diese Positionen steht der selbst ernannte "Vertreter der rechtschaffenen Bürger" seit Jahren. Im Namen des Volkes sprach Schill als Strafrichter wiederholt überzogene Urteile aus, wodurch er sich den Namen "Richter Gnadenlos" machte. Bundesweite Bekanntheit erlangte der Hamburger 1999 durch seine Fernsehkommentare bei einer RTL-Gerichtssendung. Mittlerweile liegen gegen den Richter zwei Strafanzeigen wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung im Amt vor und er wurde vom Straf- zum Zivilrecht versetzt.

Gerüchte, dass Schill in die Politik gehen wolle, gab es schon seit längerer Zeit. Nicht nur die Hamburger Neonazi-Parteien sollen mit der Bitte um eine Kandidatur an den 41-Jährigen herangetreten sein, sondern auch die "STATT-Partei". Schill hofft aber mit seiner eigenen Partei an die 30 Prozent der Stimmen zu erhalten und denkt an eine Koalition mit der CDU. "Wir wollen Verantwortung übernehmen, weil wir unseren Ankündigungen Taten folgen lassen wollen", erläuterte er seine Ambitionen. Über das politische Engagement des "Richter Gnadenlos" scheint "Die Welt" besonders erfreut. In ihrem Hamburg-Teil wird regelmäßig wohlwollend über die PRO berichtet.

Doch bis zu den Wahlen könnte die zirka 20 Mitglieder starke Offensive an den eigenen Ansprüchen gescheitert sein. Keine zehn Tage nach der Vorstellung der PRO, die nach Eigenangaben "aus grundsätzlichen Erwägungen Wert auf eine saubere Weste der Vorstandsmitglieder" lege, ist die Partei damit beschäftigt, die schmutzige Wäsche ihres Vorstands zu waschen, dessen Mitglieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Den Pressesprecher Rainer Koppke verurteilte 1990 das Schöffengericht Eutin wegen "fortgesetzter Untreue" zu acht Monaten auf Bewährung. Der Fernsehjournalist hatte 60.000 Mark einer Benefizveranstaltung veruntreut. 1992 sprach das Hamburger Landgericht den Hamburger Kaufmann Franz-Josef Underberg schuldig, versucht zu haben, US-Kampfhubschrauber in den Irak zu schmuggeln, und verurteilte den PRO-Beisitzer zu einer Geldstrafe von 31.000 Mark. Gegen das Vorstandsmitglied Anthony Rau läuft zur Zeit ein Verfahren wegen Bestechung. Peinlich für die Rechts-Partei. Schleunigst verließ Underberg freiwillig Schills Mannschaft; Rau wurde aus dem PRO-Vorstand ausgeschlossen. Und das, ohne den Deutsch-Ghanaer vorher anzuhören. "Wenn die sich rechtsstaatlich nennen", so Rau, "sollten sie auch ihre Mitglieder danach behandeln". Inzwischen glaubt er allerdings, dass die Partei nur einen "Alibi-Neger" wollte.

Mit Rassismus und Neofaschismus will der Law-and-Order-Fighter Schill aber nichts gemein haben. Er sei "allergisch" gegen alles Rechtsradikale und betont, dass seine Partei alles tun werde, um die Rechtsradikalen "draußen zu lassen". Was ihn nicht daran hinderte, eine Einladung der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) als Gastredner am 1. Dezember des vergangenen Jahres in Hamburg anzunehmen. Erst als dies öffentlich wurde, zogen die rechtskonservative SWG und Schill die Absage der Veranstaltung vor.

Für das "Nationale Infotelefon" von André Goertz führten indes nur die "Wühlarbeiten der Medien" zu den "neuen Turbulenzen" bei der PRO. Am 18. September steht jedoch Schill selbst vor Gericht. Das könnte das Ende von "Richter Gnadenlos" Gang in der Politik sein, den die "Junge Freiheit" schon als "deutschen Haider" sah.

„Neue Qualität des Rechtsextremismus“

Der rechte Terror ist in aller Munde. Die Medien berichten über Rechtsextremismus und Neofaschismus wie seit langem nicht mehr. Über die Gründe für dieses Interesse, politische Verkürzungen in der Darstellung des Rechtsextremismus und den Extremismus der Mitte sprach Der Rechte Rand mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge, dem Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität zu Köln. Christoph Butterwegge hat zuletzt unter anderem den Band „Medien und multikulturelle Gesellschaft“ (Opladen 1999) mitherausgegeben. In Kürze erscheinen von ihm als Mitherausgeber die Bände „Rechtsextremismus als Thema im Unterricht“ und „Flucht, Migration und Zuwanderungspolitik im Zeichen der Globalisierung“ (beide: Opladen 2000).

Der Rechte Rand: Sie beschäftigen sich seit Jahren mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die gegenwärtige gesellschaftliche Reaktion auf den rechten Terror?

Christoph Butterwegge: In der Vergangenheit hat es schon des öfteren solche Wellen öffentlicher Aufmerksamkeit für rechte Gewalt gegeben. Bei der gegenwärtigen Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit ist im Vergleich dazu besonders auffällig, dass sie stark von den Medien artikuliert wird und dass die Prominenz dabei eine sehr große Rolle spielt. Im Unterschied dazu haben die Lichterketten im November 1992 nach dem Anschlag von Mölln einen stummen Protest von Hunderttausenden dargestellt. So entsteht bei mir der Eindruck, dass die Diskussion gegenwärtig eher von oben geführt wird und zudem mit sehr oberflächlich angelegten Initiativen verbunden ist – seien das die zahlreichen Bündnisse, die meist gar kein gesellschaftliches Fundament haben, oder auch die politischen Forderungen, wie etwa die nach einem NPD-Verbot. Bei diesen Initiativen hat man den Eindruck, sie seien eher als Freibrief dafür gedacht, sonst nichts tun zu müssen. Somit hat die Diskussion auch nicht den Tiefgang, den sie eigentlich haben sollte. Auf der anderen Seite verspreche ich mir aber von ihr, dass sich Basisinitiativen möglicherweise anregen lassen, etwas zu tun. Außerdem verspreche ich mir natürlich auch von der gegenwärtigen Debatte, dass das Thema Rechtsextremismus im öffentlichen Diskurs bleibt und schließlich auch inhaltlich mehr Substanz bekommt.

DRR: Gibt es vor dem Hintergrund zahlreicher rechter Übergriffe, Anschläge und Morde nicht auch eine neue Qualität des rechten Terrors? Oder wurde das nur durch die Medien gepusht?

C. B.: In Bezug auf den rechten Terror würde ich nicht von einer neuen Qualität sprechen. Es gab schon vor der Wende 1989/90 solche Mordanschläge, allerdings ohne dass es dafür öffentliche Aufmerksamkeit gegeben hätte. Möglicherweise hat sich quantitativ seitdem eine gewisse Veränderung ergeben. Doch die eher aktionistisch orientierten Vorschläge basieren eher nicht auf einer Zunahme rechter Gewalt, sondern sind auf eine öffentliche Aufmerksamkeit zurückzuführen, die anders begründet sein dürfte. Ich denke, dass diese Diskussion auch die Funktion hatte, das Sommerloch zu füllen – zwischen Kampfhunddiskussion und der Aufmerksamkeit für das russische U-Boot. Andererseits wird es nach dieser Diskussion auch nicht wieder möglich sein, zu behaupten, es gebe Rechtsextremismus, Rassismus und rechte Gewalt in der Bundesrepublik nicht. Also ein Wegschauen wie bisher wird aufgrund der gegenwärtigen Debatte zumindest schwieriger werden. Somit wird das Thema zwar öffentlich geradezu theatralisch inszeniert, aber zugleich gelangt es auch in den Fokus des allgemeinen Interesses und es besteht die Chance, das Thema gesellschaftlich zu verankern.



Gewerkschafter bei spontanem Protest gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Tostedt

DRR: Stichwort: der Fokus des allgemeine Interesses. Es ist zwar in den Medien und von prominenter Seite viel zum rechten Terror gesagt worden, aber auf der anderen Seite fast nichts zur gesellschaftlichen Verankerung des Rechtsextremismus. Jüngere Studien gehen von zwischen zehn und zwanzig Prozent rechtsextremer Grundhaltung in der bundesdeutschen Bevölkerung aus.

C. B.: In der Tat ist es sehr auffällig, dass bei öffentlichen Anlässen die Hemmschwelle massiv gesunken ist, um rassistische Ideologeme unverhohlen zu äußern. Das, was man früher nur gedacht hat, wird heute offen artikuliert. Und darin besteht meines Erachtens die neue Qualität des Rechtsextremismus. Ohne dabei die rechten Terroranschläge verharmlosen zu wollen, ist diese Veränderung im Massenbewusstsein längerfristig weitaus gefährlicher. Die Veränderungen bedeuten, sich eher zu trauen, auch zu seinen rechten Einstellungen öffentlich zu stehen, was wiederum die Gefahr einer gesellschaftlichen Verfestigung rechtsextremen Gedankenguts heraufbeschwört.

DRR: Blendet die aktuelle Diskussion damit nicht auch viel zu stark die intellektuelle Rechte aus?

C. B.: Das ist sicher eine Gefahr. Der Rechtsextremismus wird als ein Problem mit einzelnen rechten Gruppierungen und Parteien dargestellt, was die tiefer liegenden gesellschaftlichen Wurzeln ausblendet. Die rechten Einstellungen sind vom Machtzentrum der Gesellschaft, den Eliten, stark geprägt und werden zum Teil auch von dort vorgegeben. Damit verbunden ist, dass der intellektuelle Teil der rechten Szene völlig aus dem Blickfeld gerät, wie übrigens auch die parlamentarischen Vertreter des Rechtsextremismus gegenwärtig überhaupt keine Rolle in der Diskussion spielen. Nach dem Wahlerfolg der DVU 1998 in Sachsen-Anhalt war täglich von diesem parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus die Rede. Jetzt steht nur die rechte Gewalt im Vordergrund. Was sich in den Köpfen der Menschen abspielt, spielt überhaupt keine Rolle. Der Rechtsextremismus erscheint als spektakuläre Straßenaktion, und was im Machtzentrum der Gesellschaft geschieht, wie sich das Bewusstsein seit einigen Jahren in eine solche Richtung verändert und dass Themen heute in den Mainstream-Medien aufgegriffen werden, die vor zehn Jahren von Neonazis und Rechtsextremen vorgedacht worden sind, kommt nicht in den Blick. Ich denke beispielsweise an die „Zeit“, die jüngst mit der Schlagzeile „Kinder, Kinder!“ aufmachte und verschiedene Erwägungen zur Steigerung der Geburtenrate von Deutschen anstellte. Das gleiche Thema haben die Rechten unter dem Titel „Das deutsche Volk stirbt aus“ schon viel früher diskutiert.

DRR: Wo sollte antifaschistische Arbeit gesellschaftlich ansetzen?

C. B.: Sie sollte sich sehr intensiv mit den Ursachen des Rechtsextremismus beschäftigten. Es reicht nicht aus, nur die Kontinuitäten vom Nationalsozialismus zur Gegenwart zu betrachten, die es natürlich gibt. Sondern man sollte sich auch mit neuen Momenten beschäftigen, die ich vor allem darin sehe, dass im Zuge weltwirtschaftlicher Veränderungen und aufgrund der Hegemonie des Neoliberalismus ein gesellschaftliches Klima entsteht, das für Gewalt sehr viel offener ist. Durch bestimmte Medienspektakel wie „Big Brother“, das „Inselduell“ oder die Darstellung des Schlachtens von Tieren auf fernen Inseln, das als „normales Überlebenstraining“ im Fernsehen gezeigt wird, wird Gewalt als gesellschaftliche Normalität dargestellt. Und diese Momente der Verrohung und der Brutalisierung von Lebenszusammenhängen schaffen für rechte Gewalt einen anderen, wahrscheinlich besseren Nährboden.

Das Gespräch für Der Rechte Rand führte Samuel Salzborn.

Anetta Kahane

Für alle Sünden

Nach einer der vielen Fernsehdiskussionen mit Prominenten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zum Thema Rechtsextremismus blieb im Studio nachdenklich ein französischer Journalist sitzen. Über viele Jahre hatte er aus Deutschland berichtet, die Wiedervereinigung miterlebt und mit Nachsicht all die Entwicklungen verfolgt. Er hob auf die Frage eines Kollegen langsam den Blick. Seltsam, meinte er, wäre die Moral der Deutschen, sie ist voll hoher Ansprüche und bleibt dennoch kalt und ohne Liebe. So erhaben ist sie, dass nicht gesehen wird, wie sehr sich das Nachkriegsdeutschland für alle seine Sünden in der aktuellen Situation spiegeln könnte.



Deutschnationale Parolen bei der Montagsdemonstration 1989 in Leipzig

In den Diskussionen der letzten Jahre um die Fragen einer Bewertung des Holocaust klafft eine erstaunliche Lücke zwischen akademischen Betrachtungen, die sich durchaus mit einer gewissen Schärfe ausgefochten, um neue Fragen der Erinnerung drehen und der praktisch-politischen Alltagsrealität eines neuen, virulenten Rechtsextremismus. Es hat lange gedauert, bis dieses Thema überhaupt bundesweit zur Kenntnis genommen wurde und nun, da es so ist, scheinen die Diskurse in drei voneinander losgelösten Themengruppen zu kreisen. Die erste fährt fort, angefeuert vom unwürdigen Spektakel um die Zwangsarbeiterentschädigung über das nationalsozialistische Erbe zu streiten. Die zweite, mit weniger Kraft als noch vor zehn Jahren, beschäftigt sich mit Fragen von Flucht und Migration. Und die dritte diskutiert nun Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. So als hätte Martin Walsers Sonntagsrede mit ihrem heftigen Plädoyer gegen die politische und öffentliche Moral für alle Zukunft die Trennlinie der Diskurse in Beton gegossen, verschwindet ausgerechnet an diesem Punkt ihre offensichtliche Gemeinsamkeit: das Völkische - im Osten wie im Westen.

Obwohl nun in aller Munde ist, wie stark der Rechtsextremismus aus der gesellschaftlichen Mitte heraus den Alltag bestimmt, scheint diese Entwicklung als Spiegelbild der deutschen Nachkriegsgeschichte offenbar zu brutal und von zu obzönen Klischees erfüllt, als dass es möglich wäre, einen ehrlichen Blick hinein zu werfen. Ist jetzt jener deutsche Sündenfall eingetreten, vor dem stets und hochmoralisch gewarnt wurde und wir haben tatsächlich ein ernstes Problem mit flächendeckender völkischer Dominanz und Wertehoheit oder wird dies alles dann doch schnell wieder überwunden sein? Reicht der Schrecken aus, um ernsthaft und selbstkritisch Bilanz zu ziehen?

Gewiss war es nach dem Krieg im Westen vor dem Hintergrund eines unvergleichlichen Verbrechens, das wie kein anderes die Macht des Rassismus demonstrierte, ein schwieriger Weg hin zu einer Demokratie. Das Grundgesetz lieferte dafür die moralische Basis, es stellte die Gleichwertigkeit aller und die Menschenwürde an erste Stelle. Doch in den ausführenden Gesetzen und Verordnungen zeigte sich, und das bis heute, jene Halbherzigkeit und offener Widerspruch zum Postulat einer Verfassungsdemokratie. Der Abschied vom ethnisch-kulturellen Nationenbegriff wurde auf der praktischen und politischen Ebene nie wirklich gesucht. Trotz Einwanderung und Asylrecht hielt die Politik an einer Haltung fest, die das kollektive, ethnische Wir betont und mit einem höchsten Maß an Selbstverständlichkeit die Grenze zieht zu den "Anderen". Besonders deutlich zeigt sich dies in der Weigerung, den schlichten Fakt der Einwanderung als solchen auch anzuerkennen. Auch die politische Indolenz, mit der in Deutschland trotz des moralischen Grundrechts auf Asyl eine amoralische Behandlung der Flüchtlinge betrieben wurde, mit der ganz offen erklärten Absicht der Abschreckung, hat nachhaltig zur Vergiftung des Klimas gegenüber "Fremden" beigetragen. Die Frage, wer eigentlich fremd ist und warum, konnte auch deshalb nicht neu definiert werden, weil noch immer im nationalen Selbstverständnis der Unterschied zwischen den "Deutschen" und den "Juden" weiterlebt. Von der Aufhebung ethnischer und ethnisierender Kategorien ist Deutschland noch weit entfernt.

Die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg mit all ihrer sublimierender Eile und dem Bedürfnis nach schnellem Vergessen, hat die Aufarbeitung von Antisemitismus und Nationalsozialismus auch als kulturelles Phänomen enorm schwer gemacht. In der DDR mit ihrer externalisierten und ökonomistischen Sicht darauf, war dies unter den Bedingungen einer autoritären Parteidiktatur ohnehin schwer möglich. Hier bewahrte sich in kulturellen, sozialen und politischen Bildern ein aggressiver Antisemitismus und Rassismus, der nach der Wende aus seinen verordneten Kokons schlüpfen konnte. Die Wiedervereinigung vollzog sich, fast mit den gleichen Argumenten, in ähnlicher Eile und mit ähnlichem Bedürfnis nicht an der Frage nationaler Identität zu rühren, wie einst der Wiederaufbau nach dem Krieg.

Dass der Osten als Ort flächendeckender rechtsextremer Exzesse identifiziert wird, mag stimmen. Der Hinweis auf die defizitären Strukturen von Demokratie und sozialer Anomie jedoch, sind wenn sie ohne Zweifel an westlichem Handeln gesagt werden, nunmehr heuchlerisch. Zum einen hatte der deutsche Antisemitismus und Rassismus seine Wurzeln nie allein in den sozialen Notlagen deprivierter Gruppen, sondern war von jeher auch tief in den bürgerlichen und aristrokratischen Schichten verankert. Doch natürlich, das soll damit nicht negiert sein, ist gerade eine Transformationsgesellschaft wie Ostdeutschland mit seinen spezifischen und allgemeinen Desintegrationsphänomenen wie Arbeitslosigkeit, Auflösung von Werte- und Bindungssystemen besonders anfällig für rechtsextreme Tendenzen. Bei der Frage der Demokratieentwicklung im Osten ist aber auch deshalb ein Klima des Mißtrauens und der Abwehr gegen das demokratische System entstanden, weil auf eine gemeinsame Verfassungsdiskussion verzichtet wurde. Statt dessen übertrug man hastig und ohne Betrachtung der konkreten Situation die westdeutschen Strukturen auf den Osten. Und dies ging einher mit der Vermischung von ideologischer Abrechnung und westlicher, ganz eigennütziger, ökonomischer Verdrängung in allen Bereichen des Lebens.

Wenn über ostdeutsche Identität gesprochen wird, dann erscheinen rasch Begriffe wie Solidarität und Wärme und doch erkennt man hier zweifelsfrei ein Urgestein völkischen Wir-Gefühls. In der DDR war das kein empfundener Widerspruch, denn die Objekte verschiedenster Formen von Ausgrenzung und Rassismus blieben einfach inexistent, sie erfuhren keinerlei Wahrnehmung. Als die Wiedervereinigung vollzogen wurde, blieb dieses Thema unberührt von

beiden Seiten, so als wäre man sich einig, einig als wiedervereinte Volksdeutsche, die sich jeden auch noch so geringen Hinweis auf die gemeinsame, jüngste Vergangenheit eines kalten und gnadenlosen Mordens ebenso ersparen können, wie den auf die Tatsache, dass zum vereinten Deutschland nunmehr auch über sieben Millionen Migranten gehören. Die Paarung der Kälte der offenen Konkurrenzgesellschaft mit der Kälte einer geschlossenen, autoritären Volksgemeinschaft führte verstärkt in eine traditionelle deutsche Anerkennungspathologie zurück, in der ein Mangel an Anerkennung wie oft in der deutschen Geschichte zu aggressiver Selbstanerkennung wurde, die das Eigene als höherwertig gegenüber dem "Fremden" darstellt und auslebt. Als seit der Wiedervereinigung vor dieser Entwicklung immer wieder gewarnt wurde, erklärten Westdeutsche, dass man ausgerechnet dies nicht als eigene Aufgabe im Osten sähe, weil man bereits in so vielen anderen Konstellationen als "Kolonialist" und "Besserwessi" angesehen würde und daher in Sachen Demokratie und Menschenrechte lieber zurückweichen wolle. Meist wird die Bemerkung, im Osten komme man sich vor wie bei einer Zeitreise in die früheren Jahre der Bundesrepublik, mit romantisch-verklärtem Lächeln vorgetragen, ja oft sogar mit der erleichterten Ironie desjenigen, der Schwieriges hinter sich gelassen hat. Weshalb vergisst der Betrachter dann in seiner Erinnerung wie stark und selbstverständlich damals das Völkische war und übersieht heute im Osten genau dieses Potential? Gleichzeitig wurde zugelassen, dass im Osten in den Jahren nach der Vereinigung die Vorschriften und Auslegungen des Asyl- und Ausländerrechts weitaus schärfer und restriktiver als im Westen zur Anwendung kamen.

Im Moment der Wiedervereinigung waren die Zeiten der Ära von Willy Brandt mit dem Pathos jener Kultur des "mehr Demokratie wagen" einer in der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und der Studentenbewegung beginnenden Aufbruchs aus dem starren Mief der Nachkriegszeit und seiner Alt-Nazis längst vorüber und den Regeln des "jeder für sich selbst" unter dem Banner der Globalisierungsängste gewichen. Eine neue Kultur des Zusammenhalts, eine Kultur der Anerkennung, die sich mit denen solidarisch erklärt, die am stärksten mißachtet sind, wurde derweil nur rudimentär entwickelt. Statt dessen zeigt sich jetzt in der Diskussion um den Rechtsextremismus ein wenig konkretes, ungenaues und damit kaltes Festhalten an einer Moral, die sich auf Täter fixiert, die Opfer der Rechtsextremen aber aus Gleichgültigkeit und Scham unsichtbar bleiben lässt. Dabei sind es genau jene Opfer, die das Defizit sozialstaatlichen und demokratischen Handelns beschreiben. Sie sind die Symbole der neuen allgemeinen Ausgrenzung und Mißachtung. Es sind Linke, es sind unangepasste Jugendliche, die nicht im rechten Mainstreem verschwinden wollen, es sind soziale Randgruppen wie Obdachlose. Und es sind die "Fremden": Ausländer, Flüchtlinge und Migranten. Dass besonders sie immer wieder für populistische Kampagnen mißbraucht werden, gehört indessen schon zum rituellen Kotau vor der viel zu stark mystifizierten Macht der deutschen Stammtische, an denen die sonst so moralische Politik angeblich nie vorbeikommt.

Weder West noch Ost leben also in geschichtsfreiem Raum. Der Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Produkt, dass sich ernährt und zusammensetzt aus den Versäumnissen und Fehlern der Nachkriegszeit. Wenn Politiker heute analysieren, dass Rechtsextremismus und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommen, ist es absurd und von hohler und damit kalter Moral an die selbe Mitte den Appell zu mehr Zivilcourage zu richten. Für alle Sünden sollte nun endlich in den Spiegel geschaut werden. Der Abschied vom Völkischen braucht ein gewolltes praktisch-politisches Programm, das Schritt für Schritt die Themen der Zeit auf ihre Wirkung auf die Menschenrechte hin betrachtet und so einer Kultur der Anerkennung Raum gibt, in der Moral und Liebe in Deutschland nicht mehr unversönliche Gegensätze bleiben.

Anetta Kahane ist Geschäftsführerin der „Amadeu Antonio Stiftung" und leitet die „Regionalstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule" in Berlin.

Tim Nieswandt

Priorität Hund

Am 26. Juli diesen Jahres wurde ein sechsjähriger Schüler in Hamburg von zwei freilaufenden Kampfhunden tot gebissen. Keine 24 Stunden später forderte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ein generelles Verbot von Kampfhunden. Kampfhunde seien eine "tödliche Gefahr" und müssten daher von den Straßen verschwinden, so Schily. Er wolle ferner für ein europaweites Verbot der Tiere eintreten. Eine Innenministerkonferenz wurde einberufen, die über weitere Schritte der Verbotsregelung beriet. Die Bundesländer verabschiedeten Eilverordnungen, in denen Leinenzwang, Hundeführerschein, Maulkorbpflicht, hohe Bußgelder bis zu 100.000 Mark und verstärkte Polizeikontrollen festgelegt wurden. In Hamburg wurde sogar eine "Mobile Einsatzgruppe gegen Kampfhunde" gebildet.



Nicht alle Neonazis haben Berührungsängste zu „ausländischen" Kampfhunden

Ebenso schnell formierte sich eine Gegenbewegung. Zehntausend Hundehalter demonstrierten am 22. Juli mit ihren Hunden in Düsseldorf gegen die neuen Verordnungen. Dabei bezeichneten sie sich und ihre Hunde als Verfolgte. Indem sie gelbe Sterne mit der Aufschrift "Hund" trugen, relativierten die Hundebesitzer den Holocaust. Ferner forderte man auf Transparenten ein Ende des "Rassenwahnsinns"; Hundebesitzer-Initiativen wollen gegen die "Rassendiskriminierung" klagen. Auch ein Hilfsprogramm für "Pitbulls in Not" wurde gestartet: Deutsche Kampfhunde, denen die Einschläferung droht, sollen in der Schweiz bei dortigen Hundehaltern Asyl finden. Die Hundefreunde von ganz rechts, die Neonazis des "Nationalen Infotelefons" (NIT) behaupten auf ihrer Homepage, dass besonders "ausländische" Hunde, die "meist aus dem Ostblock und der Türkei importiert" würden, gefährlich seien. Das NIT fordert daher ein Einfuhr- und Zuchtverbot solcher Hunde für Deutschland. Im Gegensatz dazu seien "deutsche Hütehunde" wie der Schäferhund ungefährlich.

Als am 11. Juni diesen Jahres Alberto Adriano in Dessau von Neonazis zusammengeschlagen wurde und später an seinen Verletzungen starb, gab es keinen Aufschrei in der Bevölkerung. Ebenfalls nicht, als in der Nacht zum 16. Juli ein Brandanschlag auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus in Ludwigshafen verübt wurde. Auch nach dem Bombenanschlag von Düsseldorf am 27. Juli nahmen nur rund 2000 Personen an einer dortigen Demonstration gegen Rassismus und Rechtsradikalismus teil. Und nicht die Innenminister, sondern nur ihre Staatssekretäre konferierten miteinander, welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Naziterrors zu ergreifen seien. Es scheint, als würden die Prioritäten in Deutschland anders gesetzt.

Alexandra Kurth & Samuel Salzborn

Betonung des nationalen Elements

Neue Präsidentschaft beim „Coburger Convent"

Seit August diesen Jahres hat im „Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen" (CC) erstmalig ein Bund aus Österreich den Vorsitz übernommen: die „Akademische Landsmannschaft der Salzburger".

Obgleich der CC im Unterschied zu anderen Korporationsdachverbänden seinen Vorsitz eher pragmatisch regelt – man wechselt turnusgemäß nach dem Eintrittsjahr – führte die Präsidentschaft der „Salzburger" schon im Vorfeld zu heftigen Diskussionen: So hatte sich die Stuttgarter „Landsmannschaft Borussia" auf dem Pfingstkongress 1999 „wegen stramm patriotischen Gedankengutes" in einem Antrag gegen die Präsidentschaft der „Salzburger" gestellt, dem jedoch die Mehrheit der etwa 100 Landsmannschaften und Turnerschaften aus 45 deutschen und österreichischen Hochschulorten nicht folgen wollte. Denn die „Akademische Landsmannschaft der Salzburger" stimme in „allen Punkten mit den Grundsätzen des Coburger Convents" überein, wie CC-Sprecher Ekkehard Eisenlohr versicherte. Er beklagte hingegen, dass den Bünden aus Österreich der „unfaire Ruf" vorauseile, nationalistisch zu sein. Den Kritikern in den eigenen Reihen hielt er entgegen, dass diese Verbindungen den CC repräsentieren werden, wie „alle anderen auch, da kann der Einzelne denken, was er will. Verbandsmeinung ist das aber nicht."

Mit den Grundsätzen ist das so eine Sache: Offiziell ist der Verband parteipolitisch und religiös unabhängig, wobei man nicht müde wird zu versichern, demokratisch zu sein, ja sogar den „Demokratisierungsprozess in Deutschland gefördert" zu haben. Bei den Landsmannschaften und Turnerschaften sei Demokratie „schon großgeschrieben" worden, als der „Begriff eher noch ein Schimpfwort war", heißt es in einer Selbstdarstellung des CC und die historisch interessierte Leserin fragt sich, zu welchem Zeitpunkt dies gewesen sein mag? Die Zeit der Nazi-Herrschaft in Deutschland kann damit nicht gemeint sein. Denn der Führer der „Deutschen Landsmannschaft", einer Vorgängerorganisation des CC, verkündete beispielsweise 1933: „Gleichschaltung der Deutschen Landsmannschaft, das bedeutet Befreiung der landsmannschaftlichen Idee von dem Schutt des gestürzten liberalistisch-demokratischen Systems und sieghafte Wiederauferstehung der Landsmannschaft im Geiste der durch sie von jeher gepflegten Wehrhaftigkeit und der von ihr stets ausgesprochenen Ablehnung jedes Standesdünkels. Soldaten Adolf Hitlers wollen wir sein, sonst nichts."



Etwas unzeitgemäß: martialischer Aufmarsch des CC

Doch zurück zur Gegenwart: Die Ausrichtung des CC hat einen groben Rahmen und der lautet „Ehre, Freiheit, Freundschaft, Vaterland", der jedoch in letzter Zeit – wie in der NPD-Postille „Deutsche Stimme" unlängst beklagt wurde – keine große Rolle mehr gespielt habe. Im Klartext: nicht rechts genug ausgelegt worden sei. Dagegen habe sich jedoch „jetzt eine verbandsinterne Opposition (gemeint ist vermutlich der so genannte ‚Konservative Arbeitskreis' innerhalb des CC; Anm. d. Verf.) aus mehreren Verbindungen" formiert. Man wolle die „Zeitgeisterei nicht mehr länger hinnehmen" und sich wieder „stärker auf die eigenen Wurzeln besinnen", hieß es. So sei beispielweise nicht einzusehen, warum auf dem Festkommers das Deutschlandlied nicht mehr gesungen werde. Zudem laufe es den „eigenen Traditionen" zuwider, „Ausländer und Wehrdienstverweigerer" als Mitglieder in die Verbindungen aufzunehmen. Auch das „nationale Element" dürfe nicht zur Phrase verkommen, sondern es müsse „wieder mit Inhalt gefüllt werden".

Der Hoffnung auf stärkere Betonung des „nationalen Elementes" innerhalb des „Coburger Convents" dürfte die Präsidentschaft der „Akademischen Landsmannschaft der Salzburger" einigen Auftrieb gegeben haben. Das dabei protegierte Ideal des „echten", des „wehrhaften" Mannes, der nicht nur über Ehre schwadroniert, sondern auch aktiv für sie einstehen will, wird auch von den „Salzburgern" gepflegt. Als „geistige Elite" erwarte man von den Mitgliedern unter anderem „Einsatz für die Heimat, Vaterlandsliebe sowie mutiges Eintreten für die Landsmannschaft und sich selbst getreu dem Wahlspruch ‚Dem Volk zur Wehr, zu Salzburgs Ehr'!" Deshalb stelle man sich auf den „Standpunkt der Pflichtmensur sowie der unbedingten Satisfaktion". Seit der Gründung im Jahr 1848 habe man sich „als deutschnationale Verbindung im besten Sinne" verstanden, selbstverständlich „nicht im chauvinistischen Gedanken des Nationalstaates" – sonst würde man schließlich nicht auf Deutschland, sondern auf Österreich abstellen. Folgerichtig umfasse auch der Begriff „Vaterland" im Wahlspruch des CC für einen „aufrechten Waffenstudenten" eben nicht den „Staat in dem man lebt und zudem man loyal ist, sondern es ist der Vaterlandsbegriff im kulturellen Sinne, der unabhängig von Staatsgrenzen existiert." Historisch bezieht man sich dabei auf die „Waffenstudenten des Wartburgfestes und des Hambacher Festes, die unsere Wurzeln darstellen" und die „ihre Ideale auch nicht allein auf die Fürstentümer" bezogen hätten, in denen sie gelebt haben: „Ihr Vaterlandsbegriff ging von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Diesem Vaterland wollen wir dienen, in unserer Heimat leben und unserem Staat brave Bürger sein. Die Vielfalt, die der Vaterlandsbegriff bietet, muss genutzt werden."



Verbindungsstudenten bei ihrer Lieblingsbeschäftigung: „Schläger"schwingen und Saufen

Während im Dachverband die Präsidentschaft

der „Akademischen Landsmannschaft der Salzburger" nicht vollkommen unumstritten war, zweifelten auch die „Salzburger" seit längerem, ob sie dieser Aufgabe gewachsen seien. Denn schließlich lebe man in Österreich in einem Land, verlautete Andreas Lerchner stellvertretend für die „Akademische Landsmannschaft der Salzburger" vor einiger Zeit in den „CC-Blättern", in dem „die Polizei Abonnentenlisten einer Zeitung eines Akademikerverbands beschlagnahmen lässt und die Abonnenten sich der Staatsmacht gegenübersehen, weil sie eben diese Zeitung bestellt haben und allein aufgrund dieses Faktums des Terrorismus verdächtigt werden." Der Hintergrund dieser Aussage ist bezeichnend: bei der erwähnten Zeitung handelte es sich um die rechtsextreme Schrift „Aula". Die Liste der Abonnentinnen und Abonnenten der „Aula" wurden in Folge des Sprengstoffattentates am 4./5. Februar 1995 in Oberwart beschlagnahmt, weil die ermittelnden Behörden zu dem Schluss gekommen waren, dass der oder die Täter regelmäßige Leser verschiedener rechtsextremer Publikationen sein könnten, insbesondere der „Aula". Bei dem Anschlag in Oberwart waren vier Roma Opfer einer tödlichen Sprengfalle geworden, die unter einer Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien" versteckt worden war. Die Ermittlungen im Zusammenhang mit der „Aula" hatten kriminalistisch betrachtet zwar keinen Erfolg, trieben das rechtsextreme Blatt aber weiter an den gesellschaftlichen Rand.

Mit dem zunehmenden politischen Einfluss der „Freiheitlichen" in Österreich dürften auch die Sorgen der „Salzburger" geringer geworden sein. Das vor zwei Jahren erklärte Ziel der „Salzburger", die sich als „Deutsche in einem waffenstudentischen Dachverband" verstehen, harrt aber noch der Umsetzung: mit der CC-Präsidentschaft wolle man dazu beitragen, dass „das Einende gelebt wird und nicht an Grenzpfosten hängen bleibt". In diesem Kontext wunderte auch kaum das auf dem Studententag in Frankfurt am Main im Januar diesen Jahres von CC und „Deutscher Sängerschaft" abgelegte „Bekenntnis zu Heimat und Brauchtum an Stelle von Globalisierung und Eigennutz". Das Motto der Veranstaltung seinerzeit: „Pro Patria" – „Für das Vaterland".

Robert Erlinghagen

Wissenschaftsrat fordert nationale Sinnstiftung

Am 7. Juli 2000 hat der Wissenschaftsrat ein rund 70 Seiten starkes Papier mit einer Reihe von „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland" (Drucksache 4594/00) verabschiedet. Anlass des Thesenpapiers ist die Absicht des Wissenschaftsrats, vor dem Hintergrund der derzeitigen Reformdiskussion und den abgeschlossenen oder laufenden Systemevaluationen in Teilbereichen des Wissenschaftsbetriebs die Debatte „immer wieder auf die entscheidenden Punkte zu fokussieren".

Der Wissenschaftsrat ist eine der wichtigsten Einrichtungen der Politikberatung, die von der Bundesregierung und den 16 Landesregierungen getragen wird und die Aufgabe hat, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus zu erarbeiten. Diesem Papier muss also einige Bedeutung beigemessen werden, nicht nur aufgrund der herausgehobenen Stellung des Wissenschaftsrats und seiner Empfehlungen in der deutschen Bildungs- und Forschungslandschaft, sondern auch, weil der Wissenschaftsrat in einer Vorbemerkung den Anspruch erhebt, dass damit „Handlungserfordernisse und Ziele" benannt werden, die „die Reformdebatte der nächsten 10 bis 15 Jahre maßgeblich bestimmen sollten." Der Text selbst enthält neben vielen üblichen und einigen originellen Bemerkungen und Reformvorschlägen bezogen auf die drei als wesentlich erachteten Schwächen des Wissenschaftssystems (mangelnde institutionelle Flexibilität, mangelnde Problemlösungsorientierung, Unterfinanzierung) auch einige Passagen zur künftigen Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.

Greifen wir zunächst eine zitierte Schwäche auf: mangelnde Problemlösungsorientierung innerhalb des Wissenschaftssystems. Seit einigen Jahren ist zu beobachten, wie eine weitverbreitete technikskeptische Grundhaltung, bei der wissenschaftlicher Fortschritt auch und teilweise sogar in erster Linie als Ursache für ökologische, soziale und sonstige Probleme betrachtet wurde, von einer eher technikfreundlichen Grundstimmung abgelöst wird. Jetzt werden Wissenschaft und Technik wieder zunehmend als Instrumente bewertet, mit denen sich diese Probleme lösen lassen. Diese technikfreundliche Einstellung erfährt ihre Zuspitzungen sowohl in der hierfür idealtypischen thematischen Ausgestaltung der Weltausstellung in Hannover („Mensch - Natur - Technik"), wie in der großen öffentlichen Anteilnahme an der Entwicklung des „e-commerce" oder der Vergabe von Mobiltelefon-Frequenzen, wie auch in der gesamten Symbolik der Techno-Jugendkultur.

Dass dabei unter Wissenschaft vor allem die Ingenieur- und Naturwissenschaften verstanden werden, ist kein Zufall. Die in diesen Disziplinen erzielten Fortschritte (bspw. in der Informations-, Mikro-, Bio- und Gentechnologie) haben enorme soziale, ökonomische und ökologische Auswirkungen und bestimmen gleichzeitig den Diskurs über „die Wissenschaft" insgesamt. Auch die Thesen des Wissenschaftsrats werden von dieser Perspektive dominiert: „Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse stellt heute keine Handlungsoption mehr da [!]. Sie ist zu einer Notwendigkeit geworden." Von dieser Prämisse ausgehend, werden auch die Geistes- und Sozialwissenschaften aufgefordert, sich den wirklich wichtigen Problemen zuzuwenden. Die aus den Geistes- und Sozialwissenschaften immer wieder in die ingenieur- und naturwissenschaftlichen Disziplinen hineingetragenen Diskussionen über Konflikte zwischen Grundlagen- und Anwendungsforschung werden kurzerhand als unzeitgemäße Debatten über „vermeintliche Gegensätze" vom Tisch gefegt. Denn: „Stärkung der Anwendungsorientierung bedeutet nicht Abbau der Grundlagenforschung, sondern bessere Nutzung von deren Potential für die Lösung der Aufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft [man beachte die Reihenfolge, Anm. d. Verf.]"

Während bei Ingenieur- und Naturwissenschaften offen gelassen wird, welche konkreten Folgen diese Verschmelzung von Anwendungs- und Grundlagenforschung inhaltlich haben wird oder haben soll, bezieht der Wissenschaftsrat - entgegen dem sonst so gerne hochgehaltenen Prinzip der Freiheit von Forschung und Lehre - bei Geistes- und Sozialwissenschaften eindeutig Position: Letzteren kann dann (und womöglich nur dann) eine wertvolle Funktion zugeschrieben werden, wenn sie als eine Art Hilfsdisziplinen die dominierenden Ingenieur- und Natur- und auch Wirtschaftswissenschaften bei ihren Problemlösungen unterstützen. So „liegt künftig eine besondere Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften" darin, „einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der sich in der künftigen Arbeitswelt im Zuge der Internationalisierung stellenden Herausforderungen [zu] leisten, indem sie entweder eigene, an ihr disziplinäres Spektrum anknüpfende international orientierte berufsbezogene Studienangebote machen oder entsprechende Studienmodule entwickeln, die in die berufsbezogenen Ausbildungsgänge, z.B. in die Wirtschafts- oder in die Ingenieurwissenschaften, integriert werden können."

Etwas großzügiger als bezüglich der Lehre formuliert der Wissenschaftsrat bezogen auf die Forschung wenig später: „Die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung fördert Kompetenzen bei der Aneignung und beim Umgang mit Wissen und trägt entscheidend zur Entwicklung moderner Gesellschaften bei. Sie erarbeitet einen großen Teil der Wissens- und Deutungspotentiale, die die ökonomischer Rationalität folgenden modernen Gesellschaften zur Erhaltung ihrer Funktions- und Entscheidungsfähigkeit benötigen. Die sich gegenwärtig in vielen Bereichen der Gesellschaft real vollziehenden Prozesse der Internationalisierung müssen daher von einer Erweiterung des thematischen Spektrums der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung um eine internationale und interkulturelle Dimension begleitet werden."

Es ist bezeichnend für das wissenschaftspo-

litische Klima, dass der Wissenschaftsrat sich offenbar bemüßigt fühlte, Argumente zu liefern, warum die Geistes- und Sozialwissenschaften überhaupt noch eine Existenzberechtigung haben. Ebenso bezeichnend ist die Tatsache, dass diese Argumente genau besehen eine Reduzierung der Geistes- und Sozialwissenschaften auf bloße Begleitung und Nachbereitung eines Prozesses beinhalten, der von den Leitdisziplinen vorgegeben und als alternativlose Entwicklung jeglicher fundamentaler Kritik entzogen wird.

Skandalös ist aber schließlich die folgende Forderung des Wissenschaftsrats, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften die sozialen Folgen von Globalisierung, Flexibilisierung und technischem bzw. wissenschaftlichem Fortschritte durch die Bereitstellung von einer Art nationalem Mythos abfedern sollen: „Forschende Aneignung überkommener nationaler Tradition und Identität wird auch künftig eine wesentliche Aufgabe insbesondere der Geisteswissenschaften sein. In einer Situation gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs kommt nationalen Traditionen und Identitäten eine unersetzliche Rolle für den Erhalt gesellschaftlicher Kohäsion und Stabilität zu." Wohl zur Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Positionen fügt der Wissenschaftsrat hinzu: „Diese Rolle können sie [die nationalen Traditionen und Identitäten, Anm. d. Verf.] jedoch nur dann spielen, wenn bei ihrer wissenschaftlichen Erschließung die Entstehung neuer oder das Wiedererstarken alter, nicht mit dem Rahmen des modernen Nationalstaats kongruenter Traditionen und Identitäten berücksichtigt wird." Aber auch nach dieser abschwächenden Formulierung (was heißt hier eigentlich „berücksichtigen"?) drängt sich der Verdacht auf, dass der Wissenschaftsrat ein ethnopluralistisches Konzept verfolgt: Internationalisierung und Globalisierung müssen einhergehen mit einer Stärkung nationaler Identitäten, internationaler Austausch ist nur dann zu fördern, wenn er dem Wissenschaftsstandort Deutschland zuträglich ist. Und die Geistes- und Sozialwissenschaften sollen den nationalen Gemeinsinn stiften; nicht völkisch-primitiv, sondern wissenschaftlich natürlich. Das ist ihr Beitrag zur Problemlösung.

Heribert Schiedel

Ein „freiheitliches Jahrhundert" in Europa?

Bedeutung der FPÖ für den europäischen Rechtsextremismus

Der österreichische Ableger der „Jungen Freiheit", die vom Haider-Berater Andreas Mölzer und dem FPÖ-Bundesrat John Gudenus herausgegebene Wochenzeitung „Zur Zeit", bekam unlängst Besuch aus Belgien. Ingrid Verachtert, Funktionärin des separatistischen „Vlaams Blok", machte bei dieser Gelegenheit keinen Hehl aus ihrer Sympathie: „Der Weg der FPÖ bis hin in die Regierung gilt für uns als Vorbild. [...] Insofern ist die FPÖ unsere Lieblingspartei."

Tatsächlich versetzen die Erfolge und die Regierungsbeteiligung der FPÖ die extreme Rechte Europas in Aufbruchsstimmung. Und weil man das Siegen nicht nur von Österreich, sondern am Besten auch in Österreich lernt, mausert sich die Alpenrepublik zunehmend zum Zielland rechtsextremer Reisetätigkeit. Nach einer 150-köpfigen Delegation der „Lega Nord", die Haider Anfang Juli in Kärnten besuchte, möchte Pia Kjaersgaard, Chefin der „Dänischen Volkspartei", im August nach Wien pilgern, um der FPÖVP-Regierung persönlich ihre Solidarität zu bekunden. Und für Oktober plant Mölzer gleich ein Großtreffen der Euro-Rechten in Österreich.

Europa befreien und befestigen

Neben tagespolitischen und taktischen Überlegungen steht auch eine gehörige Portion Ideologie hinter derartigen Vernetzungsversuchen. Konkret handelt es sich um den europäischen Befreiungsnationalismus, wie er im Anschluss an die faschistische Konzeption eines „weißen" und starken Europas, emanzipiert von den „raumfremden Mächten" und ihren liberalen oder staatssozialistischen Programmen, entwikkelt wurde. Aktualisiert im Kampf gegen den angeblich drohenden europäischen Einheitsstaat, welchem ein ethnopluralistisches Staatengefüge gegenübergestellt wird, „das der Buntheit und Vielfalt der besten Tradition des Reiches Karl des Großen gerecht wird" (Jörg Haider), gibt dieser europäische Nationalismus den einigenden Kitt ab. Bezeichnenderweise beförderte gerade das der FPÖ abverlangte Bekenntnis zu den „europäischen Werten" deren weltanschauliche Europäisierung: Kaum eine politische Äußerung führender FPÖ-Kader, die heute ohne Appelle an das vor dem anstürmenden Islam zu rettende christliche Abendland, an gemeinsame europäische Wurzeln und Interessen auskommt. Wie so viele Ideologeme der politischen Mitte werden auch die „europäischen Werte" von der extremen Rechten nur konsequent weitergedacht. Sie bringt die „Idee Europa", von der Étienne Balibar meinte, sie enthalte „im Kern, wenn schon nicht mit ihr gleichsetzbar, zwei spezifisch rassistische ideologische Schemata, die fortwährend kollektive Gedächtnis- und Wahrnehmungseffekte hervorbringen können: das koloniale und das antisemitische Schema", auf den Punkt.

Die FPÖ will der Euro-Rechten aber auch aus unmittelbar politischem Interesse unter die Arme greifen, kann doch Haider nur Kanzler werden, wenn eine erstarkte Rechte ihm in den anderen EU-Staaten die Mauer macht. Am letzten Parteitag rief der scheidende Obmann daher das „Jahrhundert der Freiheitlichen" aus; „Die Presse" titelte darauf: „FPÖ will Rechtsruck in Europa". Nach Italien, wo dieser „Rechtsruck" wohl unmittelbar bevorsteht, streckten Freiheitliche schon vor geraumer Zeit ihre Fühler aus. Als AnsprechpartnerInnen dienen hier vor allem Kader der „Lega Nord". Im Gegensatz zu den österreichischen Konservativen gehen die Parteispitzen der italienischen Rechten nun jedoch auf Distanz zur Haider-Partei: Nach Berlusconi und Fini will auch Bossi, der sich noch im Oktober 1999 mit Haider auf einer „Lega"-Kundgebung zeigte, plötzlich nichts mehr von der FPÖ wissen. Im Europäischen Parlament bleibt die rechtsextreme Regierungspartei ebenfalls isoliert: Ihre fünf Abgeordneten fanden in keiner Fraktion Aufnahme.

Das „ganze Deutschland" soll es sein ...

Das Hauptaugenmerk freiheitlicher Missionstätigkeit ruht naturgemäß auf Deutschland. Gegenüber der „Jungen Freiheit" betonte Haider „die Notwendigkeit, dass Deutschland eine freiheitliche Alternative bräuchte." Haider weiter: „Ich könnte mir vorstellen, dass natürlich jetzt ein sehr günstiger Zeitpunkt wäre. Wenn sich die zum Partikularismus und zum Eigenbrötlertum neigenden freiheitlichen Gruppierungen in Deutschland einigen würden, dann wäre das eine ganz bedeutende politische Kraft, die hier entstehen könnte, nachdem ja eigentlich die FDP in ihrer Funktion als geistige Heimstätte freiheitlich-liberaler Menschen bereits abgetreten ist."

Nachdem Haider mit Manfred Brunner und seinem „Bund freier Bürger" (BfB) Mitte der 1990er Jahre Schiffbruch erlitten, die FDP ihren rechten Flügel halbwegs diszipliniert und sich der Bayrische Ministerpräsident Stoiber bei aller inhaltlichen Übereinstimmung von Haider distanziert hatte, bleiben in Deutschland nur die untereinander zerstrittenen „freiheitlichen Gruppierungen". Rund um Reste des BfB, Kader kon-



Auf den Punkt gebracht: Leicht ergänztes FPÖ-Wahlplakat

servativer bis rechtsextremer Parteien und die „Deutschland-Bewegung" von Alfred Mechtersheimer soll nun unter der Flagge einer „Deutschen Aufbau-Organisation" (DAO) eine Art FPÖ entstehen. Mechtersheimer, wie Haider

übrigens ein Freund des lybischen Revolutionsführers Ghaddafi, bezieht seine Autorität in der deutschen Szene maßgeblich von seiner Nähe zur FPÖ und deren Vorfeld. Seine „Deutschland-Bewegung" wollte im Juni 1999 gemeinsam mit der FPÖ-Jugendorganisation ein großdeutsches „Jugendtreffen" im oberösterreichischen Schärding abhalten. Nach der entsprechenden Berichterstattung wurden jedoch die Freiheitlichen vom Mut verlassen - sie sagten das Treffen kurzerhand ab. Aber Mechtersheimer scheint nicht nachtragend zu sein, warf er doch unlängst einen rot-weiß-roten Aufkleber auf den nationalen Markt, darauf ein trotziges „Jetzt erst recht: Urlaub in Österreich! Erholung von EU-Hysterie". Zuletzt beehrte der deutsche Rechtsextremist den Burschenschafter-Kommers in Innsbruck, zu welchem ihn Justizminister Böhmdorfer (FPÖ) in einer Grußbotschaft herzlich begrüßte.

An der ersten bundesweiten Konferenz der DAO im Juni nahm mit Otto Scrinzi der „Doyen des nationalfreiheitlichen Lagers Österreichs" teil. Der ehemalige NSDAP-Mann Scrinzi, Schriftleiter der „Aula" und langjähriger FPÖ-Parlamentarier, bewertete dort die „Chancen" der Rechtsextremen in Deutschland als „nicht grundsätzlich schlechter als in Österreich". Die „Republikaner", die ebenfalls eine Kampagne „Solidarität mit Österreich" starten wollen und über vielfältige Kontakte zur FPÖ verfügen, stehen diesem zigsten Einigungsversuch außerhalb ihrer eigenen Partei naturgemäß kritisch gegenüber. Dennoch sollen „führende Funktionsträger" der REP an der DAO-Konferenz teilgenommen haben.

Über Kontakte zur FPÖ verfügen auch die Rechtsextremisten um Joachim Siegerist. Diese nennen sich „Die Deutschen Konservativen" und sorgten im Mai mit einer ganzseitigen Solidaritätsadresse für Haider in der Tageszeitung „Die Presse" für Aufsehen. Während die FPÖ jeden Kontakt mit Siegerist und Kameraden bestreitet, erzählt dieser von einem Treffen mit Kärntner „Freiheitlichen". Dabei soll eine öffentliche Kontaktnahme zwischen Haider und dem Ehrenvorsitzenden der „Deutschen Konservativen", dem CDU-Rechtsabweichler Heinrich Lummer geplant worden sein.

Wer auch immer den Wettlauf um die Gunst von Haider, der „auf die zersplitterten und zersprengten Rechten in der Bundesrepublik wie ein Staubsauger (wirkt)" („Nation & Europa"), gewinnt – allein die Regierungsbeteiligung der FPÖ stärkt und mobilisiert die deutsche Szene. Weil gleiches für andere europäische Staaten gilt, ist der Kampf gegen den österreichischen Tabubruch mindestens ein europäischer. Wird dieser Kampf aber auf der Basis zu verteidigender „europäischer Werte" aufgenommen, ist er notwendig schon verloren.

Ulrich Schneider

Neofaschismus in Ungarn

In allen so genannten Transformationsstaaten erlebte man in den Jahren nach dem Ende des Sozialismus einen enormen Aufschwung reaktionärer und nationalistischer Kräfte und Parteien. Verbunden war dies oftmals mit geschichtsrevisionistischen Rehabilitierungen von Politikern bzw. politischen Kräften, die mit dem deutschen Faschismus offen oder indirekt kollaboriert hatten, sowie mit einem offenen Auftreten von Antisemitismus und Rassismus.

Auch in Ungarn waren diese Tendenzen sichtbar, so dass bereits 1991 der „Untersuchungsausschuss Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" in einem Bericht für das Europäische Parlament konstatierte: „Skinheadgruppen treten auf, und Pamphlete mit dem Signet der traditionellen ungarischen Bewegung Pfeilkreuz wurden verteilt. Beunruhigender ist die Tatsache, dass die führende politische Partei in Ungarn, das Demokratische Forum, in ihrer Führung Mitglieder hat, die ihre antisemitische Einstellung öffentlich bekundet haben. So hat beispielsweise István Czurka die Juden für die Probleme Ungarns seit dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht; Äußerungen dieser Art haben ein Klima geschaffen, in dem jüdisches Eigentum in Budapest, Debrecen und Tab verwüstet wurde und Skinhead-Gruppen aktiv wurden, die Verbindungen zu ihren ostdeutschen, österreichischen und britischen „Kollegen" unterhalten." Diese Beschreibung hat - trotz einige Modifikationen - durchaus bis heute Bestand.

Neofaschismus und Rassismus im Parteienspektrum

Augenfällig ist der in verschiedenen etablierten ungarischen Parteien verbreitete Nationalismus und Rechtspopulismus, so z.B. in der „Unabhängigen Kleinlandwirte Partei" (FKGP) unter Jozsef Torgyan. Die innerparteiliche Struktur der FKGP kann man getrost mit dem Begriff „Führerprinzip" beschreiben. Neben großungarischen Träumen und populistischer Kritik an den Folgen der Globalisierung hörte man von Torgyan im Wahlkampf 1998 Parolen wie „Ungarn den Ungarn" und andere wohlbekannte neofaschistische Losungen. Diese Partei ist heute in der Regierungskoalition vertreten, wobei sie jedoch dort exakt die Politik umsetzt, die sie zuvor kritisiert hatte.

Die neofaschistische Hauptpartei Ungarns ist die „Partei für die Wahrheit und das Leben" (MIEP) unter István Czurka, die seit den Parlamentswahlen von 1998 zum ersten Mal mit 13 Abgeordneten im ungarischen Parlament vertreten ist. Hervorgegangen aus der damaligen Regierungspartei MDF (Ungarisches demokratisches Forum) gründete Czurka - nach dem Versuch innerhalb der MDF eine Bewegung „Ungarischer Weg" zu etablieren - 1993 seine eigene Partei, da er sich in der MDF mit großungarischen Ansprüchen gegenüber der Ukraine nicht durchsetzen konnte. Von da an konnte er seinen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, von Chauvinismus und Antidemokratismus geprägten Vorstellungen freien Lauf lassen. Zwar gelang es der MIEP 1994 noch nicht in das Landesparlament einzuziehen, jedoch konnte sie in Budapest und zahlreichen Komitatsparlamenten Mandate gewinnen und so die politische Szene beeinflussen.

Die Partei, die etwa 150.000 Mitglieder hat, mobilisiert vor allem kleinbürgerliche Kräfte, die sich selbst als „Verlierer" sehen, diejenigen, die im Sozialismus nicht zur führenden Schicht gehörten, und diejenigen, die durch die rigide Kapitalisierung zu den ökonomischen und sozialen Verlierern gehören. An diese Mentalität knüpfen Czurka und die MIEP in ihrem Rechtspopulismus an. Czurkas Strategie war und ist es dabei, nationale Gedenktage und andere Ereignisse zum Anlass von Massenaufmärschen zu nehmen, bei denen sich mehrere zehntausend Anhänger aus dem ganzen Land zumeist in Budapest einfinden.

Welche Sammlung von neofaschistischen und rechtspopulistischen Allgemeinplätzen er auf solchen Kundgebungen von sich gibt, kann man exemplarisch in seinem Aufsatz in der Zeitschrift „Magyar Fórum" zur europäischen Politik nachzeichnen. Seine Hauptthese lautet: Europa sei gezwungen, seine immanten nationalen Souveränitäten zu beschränken, die Abtretung der nationalen Unabhängigkeiten, der eigenen Kulturen, der örtlichen Selbstständigkeiten an Brüssel sei jedoch kein europäisches, sondern außereuropäisches Interesse. „Diese Abtretung ist eigentlich eine kosmopolitische Homogenisierung." Und die eigentlichen Drahtzieher dieser Entwicklung finde man in der Weltfinanz, den USA und Israel. Alle Übel dieser Welt, ob Kosovo- oder Tschetschenien-Krieg wie auch die Folgen des Transformationsprozesses in Ungarn selber werden diesen kosmopolitischen, fremden „Drahtziehern" - die einen „Globalismus" betreiben - angelastet.

Die europäischen Nationen und natürlich Ungarn stehen - laut Czurka - unter einem Diktat der „enteuropäisierten Presse", die „Europas Völker umerziehen" will. „Wir stehen unter ständiger Umerziehung und unser Bevölkerungs-

rückgang wird inzwischen bedrohlich. Hängt denn etwa beides zusammen?" Dagegen kämpfe die MIEP für die „Schaffung einer neuen ungarischen und nationalen Öffentlichkeit", die sich daran erinnere, dass sie „Söhne eines tausendjährigen christlichen Staates und einer mehrere tausend Jahre alten Nation" seien. Bei solchen Positionen überrascht nicht die Liste von Czurkas politischen Vorbildern: Haider, LePen, de Gaulle und Strauß.

Ein zentrales Thema der MIEP ist der großungarische Chauvinismus unter dem Motto „Ungarn ist, wo Ungarn wohnen". Selbst die Umweltkatastrophe durch Einbringung von Zyanidlauge aus einem rumänischen Werk in den Fluss Theiß ist für Czurka Aufhänger für nationalistische Ausfälle. „Die Revision der Grenzen sei [...] nicht möglich. Und jener, der für die Selbstbestimmung der armen, vom Zyanid geplagten Ungarn an Donau und Theiß kämpft, sei ein Nationalist und Extremist. Was bedeuten aber diese Worte inmitten von so viel Zyanid...?" (István Czurka, Mit ungarischen Augen, Magyar Fórum, 10. Februar 2000)

Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus

Ein zentraler Punkt des ungarischen Neofaschismus ist die Rehabilitierung der ungarischen Faschisten. Ähnlich der Strategie bundesdeutscher Neonazis „Unsere Väter waren keine Verbrecher" versucht man eine historische Umwertung der Rolle der faschistischen Pfeilkreuzbewegung und der ungarischen Kollaborationsarmee. Schon bei Gedenkveranstaltungen 1992 zur Erinnerung an die Niederlage der ungarischen faschistischen Truppen am Don wurde öffentlich erklärt, dass „im Prinzip die antibolschewistische Armee von Miklós Horthy, die dem Sowjetsystem den Krieg erklärte, die wahren (ungarischen) Werte vertrat". (Attila Weber, Der Rechtsextremismus ist eine Folge des Systemwandels, in: Neue Gesellschaft 1999, S. 807) Symbolischer Höhepunkt dieser Veranstaltungen war die Überführung der exhumierten Leiche eines „unbekannten Soldaten" der ungarischen Armee, die mit militärischen und kirchlichen Ehren in einer Gedenkkapelle beigesetzt wurde. Von hier war es „nur noch ein kleiner Schritt zur Rehabilitierung des früheren Ministerpräsidenten und Kriegsverbrechers Lászl-Bárdossy, der 1941 rassistische Gesetze gegen Juden durchsetzte und das Land in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzog". (Karl Pfeifer, Gulasch-Antisemitismus, in: Jungle World, 8. Dezember 1999)

Im Gefolge dieser Umwertung des Zweiten Weltkrieges begannen seit Mitte der 1990er Jahre auf den Buda-Bergen alljährlich im Februar Gedenkveranstaltungen der neofaschistischen Kräfte für die ungarischen faschistischen Truppen, die sich gemeinsam mit deutschen SS-Verbänden der Befreiung 1945 - wenn auch erfolglos - widersetzten.

Zu den Ausdrucksformen des Neofaschismus in Ungarn gehört auch die offene Auschwitz-Leugnung, die bis hinein in die gesellschaftlichen Eliten zu finden ist. Hochrangige Funktionsträger und Berater der Regierung, wie z.B. Istvan Lavos (Berater des staatlichen Fernsehens) und Maria Schmidt (Beraterin des Ministerpräsidenten) glauben, die ungarische Beteiligung an der Judendeportation bzw. die Einzigartigkeit des Holocaust in Frage stellen zu können. Frau Schmidt, die an der katholischen Universität in Budapest Geschichte lehrt, erklärte gar, die Juden würden den Holocaust erfolgreich als „Markenartikel" gebrauchen. Im Sinne Ernst Noltes fährt sie fort, außerdem sei „die in der Sowjetunion Jahrzehnte dauernde Klassenmord-Praxis genauso industriell" gewesen, „bürokratisch und statistisch festgehalten, wie im Deutschland Hitlers".

Und so kann es nicht verwundern, dass Antisemitismus auch im alltäglichen Leben immer deutlicher hervortritt. Bei einem offiziellen Treffen zwischen Regierung und führenden Vertretern der großen Glaubensgemeinschaften Ende 1999 brachte man seine Betroffenheit über den „verstärkt um sich greifenden Antisemitismus" zum Ausdruck. Doch getan wurde nichts. Im August letzten Jahres wurde bekannt, dass ein ungarischer Verlag staatlicherseits ungehindert das antisemitische Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion" in einer größeren Auflage auf den Markt bringen konnte. Erst auf eine Strafanzeige des ungarischen Oberrabbiners hin reagierten Kultusministerium und christliche Kirchen. Die katholischen Bischöfe konnten sich nur zu einem „Befremden" durchringen, dass „seit Jahren eine Stimmung im Lande herrscht, die bar einer Achtung und Toleranz und Verständnis für alles Religiöse ist." (Reform. Pressedienst der Schweiz, 17. August 1999)

Rassismus und Skinheads

Weit über den Kreis der neofaschistischen Gruppen und Organisationen hinaus reichen Rassismus und Antiziganismus. Die Ausgrenzung von Roma-Familien hat Formen angenommen, die durchaus als staatlich sanktionierter Rassismus bezeichnet werden kann. Es lassen sich zahllose Beispiele von Sanktionen bis hin zu offenen bzw. indirekten Vertreibungen auflisten. Ungarnweites Aufsehen erregte 1998 der Fall der „Bewohner der „Rádió-Straße" in Scékesfehérvár in Westungarn. Der Versuch, die dort seit vielen Jahren lebenden Roma-Familien in umliegende Dörfer umzusiedeln, wurde durch den aufgehetzten Mob verhindert. Die Staatsorgane schritten jedoch nicht ein. Stattdessen beklagten die Dorfbürgermeister - nicht ganz unberechtigt -, dies sei ein „Export der sozialen Probleme der Komitatshauptstadt" in ihre Region. Eine Beobachterin kommentierte: „Der Rassismus von oben - selbst zu Zeiten der sozialdemokratischen Regierung unter Gyula Horn - gab faktisch und symbolisch eine ganze Bevölkerungsgruppe zum Abschuss frei und der Willkür von lokalen Behörden und der Selbstjustiz von seiten der Bevölkerung mehr denn je den Segen." (Susan Zimmermann, Ungarn: Eskalation von Rassismus gegen Roma, in: Vorwärts, Zeitschrift der PdA, 3/98) In diesem Klima sind allwöchentlich schwere rassistische Ausschreitungen gegen Roma und ihre Einrichtungen zu verzeichnen, auch wenn darüber fast nicht mehr in der überregionalen Presse berichtet wird. „Als Mitte November (1999) in dem kleinen Ort Dabas mit Baseballschlägern, Degen und Eisenstangen bewaffnete Skinheads eine Roma-Siedlung überfielen, wobei mehrere Menschen schwer verletzt wurden, berichtete nur noch die Polizei-Zeitschrift Zsaro darüber." (Pfeifer)

Wie in anderen Ländern auch, sind die ungarischen Skinheads die „Männer für's Grobe", während sich die politischen Parteien immer öfter von diesen Übergriffen formell distanzieren. Gerade die MIEP bemüht sich dabei um den Anschein von „Friedfertigkeit", wobei sie nichts dagegen hat, wenn ihre Veranstaltungen auch von Skinheads unterstützt werden, wie immer wieder sichtbar ist.

Dabei ist die ungarische Skinhead-Szene durchaus heterogen. Neben der „Blood & Honour"-Richtung sind auch weitere selbstständige Gruppen vertreten, die durchaus auch inhaltliche Unterschiede haben. John Horvath berich-

NPD rekrutiert Schweizer

Das NPD-Mitglied Stephan Göbeke-Teichert (29) rekrutiert neue Parteimitglieder in der Schweiz. Das Potenzial an Sympathisanten bezifferte er auf 800 Personen. Als Kontaktperson fungiert der Berner Roger Wüthrich (39). Wüthrich gründete 1987 die "Wiking-Jugend Schweiz". Göbeke-Teichert war Ende der 1990er Jahre bundesdeutscher Repräsentant der im Jahre 1996 gegründeten "Nationalen Initiative Schweiz" (NIS), deren Periodikum "Morgenstern" er vertrieb. Nach Angaben der Schweizer Zeitung "Sonntags-Blick" droht ihm nun eine Einreisesperre.

Schüsse auf Berner WG

Am 10. Juli wurde die Berner „Solter-Polter"-Wohngemeinschaft mit einem Sturmgewehr beschossen, wobei glücklicherweise kein Mensch verletzt wurde. In der Schweiz bewahren die Armeeangehörigen ihre Waffen zu Hause auf, so daß es nur eine Frage der Zeit war, bis Neonazis dieses Mittel nach vorangegangenen Drohungen einsetzten. Wenige Stunden nach der Tat gab es drei Festnahmen in Bern, das mit seinen Randgemeinden im Norden der Stadt als Hochburg rechtsextremer Aktivitäten in der Schweiz bekannt ist. Mutmaßlicher Schütze ist der 22-jährige Skinhead Simon Vogt aus Ittigen.

Haider wird Ehrenbürger

Der Magistrat des italienische Adriaorts Jesolo hat den ehemaligen Parteichef der rechtsradikalen FPÖ und Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, am 8. Juli diesen Jahres zum Ehrenbürger ernannt.

Österreich weiter rechts

Die Zahl der rassistischen und antisemitischen Vorfälle in Österreich hat seit der Regierungsbeteiligung der rechtsradikalen FPÖ um fast 50 Prozent zugenommen. Nach Angaben des Innenministeriums in Wien wurden zwischen Januar und Juni diesen Jahres 232 Vorfälle gemeldet. Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres seien es 157 gewesen. Stark zugenommen hätten vor allem die Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Bei den meisten Straftaten handele es sich um so genannte "Propaganda-Delikte" wie Aufhetzung zum Rassenhass oder Verstöße gegen das österreichische Abzeichengesetz.

tet von einem Vorfall aus dem Sommer 1997, als verschiedene Skinhead-Gruppen in Budapest sich gegenseitig verprügeln wollten. „Albert Szabo, der bekannte Führer der ungarischen Skinheads, musste verzweifelt die Polizei anrufen, als seine 30 Mann starke Gruppe anderen 60 wütenden Skinheads gegenüberstand ... Die Auseinandersetzung brach offenbar wegen 'ideologischer Unterschiede' aus."

Internationale Kontakte

Gemeinsam pflegt man jedoch die internationalen Beziehungen. Vor allem bei Skin-Konzerten in der tschechischen Republik sind oftmals starke Abordnungen aus Ungarn vertreten. Aber nicht nur in eine Richtung funktionieren diese Kontakte. Die geschichtsrevisionistische Kundgebung auf den Buda-Bergen vom Februar, der „Tag des Stolzes", ist ein beliebter Treffpunkt auch deutscher Neofaschisten. 1998 waren unter den Teilnehmern deutsche Hammerskins und „Blood & Honour"-Anhänger aus Berlin. 1999 kam es nach Abschluss dieser Kundgebung, auf der gut 700 Teilnehmende die „Ehre der Waffen-SS" hochhielten, zu Pöbeleien deutscher Neonazis, die durch die Polizei unterbunden wurden. 26 ausländische Neofaschisten, die meisten von ihnen Deutsche, wurden des Landes verwiesen, drei wurden vor Gericht gestellt, jedoch mit lächerlichen Strafen belegt abgeschoben. Zuvor hatte die Berliner Polizei bereits 100 Neonazis daran gehindert nach Budapest zu fahren. Nach diesem Vorfall, der international Aufsehen erregte, registrierte auch der Verfassungsschutz, dass es offenbar enge Kontakte zwischen deutschen Neonazis und ihren ungarischen Gesinnungsgenossen gebe.

Auch die MIEP pflegt ihre internationalen Beziehungen: So konnte im Oktober 1996 Le-Pen in Budapest bei einer Großkundgebung der MIEP vor mehreren zehntausend Zuhörern anlässlich des 40. Jahrestag des Ungarn-Aufstandes auftreten. Im Gegenzug wurde István Czurka 1997 zum Parteitag des „Front National" nach Straßburg eingeladen. Gute Kontakte hat die MIEP auch zur FPÖ. Und so war es nicht verwunderlich, dass die Regierungsbeteiligung der FPÖ von der MIEP begrüßt wurde.

Czurka polemisiert im Parlament und in der Öffentlichkeit gegen die EU-Sanktionen. Für ihn waren diese Maßnahmen ein weiteres Argument gegen eine Annäherung Ungarns an die EU. Gleichzeitig dokumentierte er seine Sympathie mit Haider, indem die MIEP am 12. Februar 2000 in Budapest zu einer Demonstration und Kundgebung gegen die EU-Sanktionen aufrief, an der auch zahlreiche Skinheads teilnahmen.

Gibt es Widerstand?

Doch diese Auftritte der Neofaschisten finden nicht widerspruchslos statt. Während auf der einen Seite die konservative Regierung dankbar die weitgehende Unterstützung der MIEP für ihre Politik registriert und im Gegenzug eine Art Tolerierungspolitik praktiziert, demonstrierten im Februar 2000 allein in Budapest 10.000 Menschen aus Anlass des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee gegen die Gefahr des Neofaschismus in Ungarn. Ein hoffnungsvolles Zeichen.

Holger Kuhr

„Geist, Volkstum und Heimatrecht"

50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" und die ethnisch orientierte deutsche Außenpolitik

Am 3. September 2000 begeht der „Bund der Vertriebenen" (BdV) in Berlin den diesjährigen „Tag der Heimat". Als Festredner ist Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgesehen. Die Anwesenheit Schröders und seine geplante Rede beschränkt sich in diesem Jahr nicht allein auf die alljährliche Darstellung der Verbundenheit zwischen Bundesregierung und „Vertriebenenverbänden", sondern hat seine besondere Bedeutung in dem Anlass für diesen Festakt: dem 50. Jahrestag der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen".

Im Zusammenhang mit dem Überfall der NATO auf Jugoslawien im Frühjahr 1999 und der anschließenden Besetzung der jugoslawischen Kosovoprovinz wurde Land auf, Land ab, über den „Schutz der Menschenrechte" sowie über den „Schutz von Minderheiten" schwadroniert. Vielerorts wurde hierzu sofort ein historischer Vergleich vorgenommen: Das, was die Menschen heute im Kosovo erleben und durchmachen, dies Schicksal hätten die Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges auch erlebt.

Ein zweiter historischer Hinweis fehlte in diesem Kontext selten: Trotz ihres Schicksals, wonach sie die „am stärksten betroffene Gruppe des nationalsozialistischem Regimes" seien, haben die deutschen „Vertriebenen" schon 1950 mit ihrer „Charta" auf jede „Rache und Vergeltung verzichtet". Sie hätten damit ein frühes Zeichen gesetzt, das heute noch Anerkennung und Hochachtung abverlange. Es sei eine vorausschauende Versöhnungsgeste gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten gewesen und stelle ein frühes Dokument des „Ausgleiches" und der „Menschlichkeit" dar, so die verbreitete öffentliche Meinung.

Die „Charta" wurde initiiert und formuliert von Männern, die schon während der NS-Zeit für das „deutsche Volkstum" aktiv waren und nationalistische, volks- sowie deutschtumspolitische Überzeugungen vertraten. Diese „erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen" halfen mit – jeder auf seinem damaligen Posten – dem „Volk ohne Raum" „Lebensraum im Osten" zu schaffen. Vier zentrale politische und ideologische Kernaussagen sind in der „Charta" enthalten bzw. werden mit ihr transportiert: erstens der postulierte „Gewaltverzicht", zweitens die „Heimat"-Ideologie mit der Forderung nach einem „Recht auf die Heimat", drittens die Europakonzeption als „wahrhaft übernationale politische Ordnung" und viertens die „Verantwortung der Völker am Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen".

Der postulierte „Gewaltverzicht"

Ein Punkt, der immer wieder zitiert und als die positivste Grundlage der Politik der „Vertriebenenverbände" bezeichnet wird, ist, dass die „deutschen Heimatvertriebenen" in ihrer „Charta" „feierlich" erklärten „auf Rache und Vergeltung zu verzichten". Dieser so hochgehaltene „Gewaltverzicht" war aber alles andere



Prominenter Applaus für völkische Traditionspflege

als ein ernstgemeintes politisches Bekenntnis, sondern der Nachkriegszeit geschuldet. Es war eine Konzession an die damaligen Verhältnisse. Zum damaligen Zeitpunkt - unmittelbar nach der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches und der völligen Entwaffnung - konnte nur ein „Gewaltverzicht“ geäußert werden. Alles andere hätten die Alliierten niemals zugelassen. Dies wird bei der heutigen Rezitierung der „Charta“ gern übersehen.

Das deutsche „Recht auf die Heimat“

Die zweite zentrale Aussage der „Charta“ und das bis heute entscheidendste Politikfeld der „Vertriebenenverbände“ ist die „Heimat“-Ideologie: Aus der völkischen Verbindung von Geist, Volk, Natur, Landschaft und Raum zur Heimat, wird ein „Recht auf die Heimat“ konstruiert. Mit der Aussage „wir haben unsere Heimat verloren, Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde“ und „Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt“ wird die völkische Vorstellung von „Verwurzelung“ übernommen sowie die „Heimat“ als ein absolut stehendes Gut betrachtet. Durch diese Absolutsetzung wird im Verständnis der „Vertriebenen“ die „Heimat“ ein „von Gott geschenktes Grundrecht der Menschheit“. An diesem Gott gegebenen Grundrecht komme kein Staat oder Politiker vorbei. Niemand kann den Menschen die angestammte Heimat wegnehmen. Auf sie zu verzichten, käme einer Auflehnung gegen Gott gleich. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeute demnach, ihn im „Geiste zu töten“. Die Menschen müssen zurück in ihre „angestammte Heimat“. Völker und Menschen erhalten so ein „Grundrecht auf die Heimat“. „Wo immer (ein) Volk ist, gehört dazu auch Heimat und zwar nicht die Wahlheimat des Einzelnen, die es selbstredend gibt, sondern die angestammte Heimat der ethnischen Gruppe als solche“, so die „Vertriebenen“.

Seit der Verkündigung der „Charta“ wird versucht mit der „Heimat“-Ideologie im Gepäck, ein rechtliches Konstrukt, eine passende Rechtsformel zu finden, welches das „Recht auf die Heimat“ im Internationalen Staatsrecht verankern helfen soll. Die Schaffung einer solchen Rechtsformel ist ein Beispiel für eine spezifisch deutsche Tradition: der Pseudo-Verrechtlichung von Politik. Damit ist gemeint, dass versucht wird, politische Forderungen dadurch unangreifbar zu machen, in dem man sie in eine Rechtsposition umdefiniert.

Dieses „Recht auf die Heimat“ soll nach den Vorstellungen der „Vertriebenen“ über die Schaffung eines auf Gruppen bezogenes „Menschen- bzw. Minderheitenrecht“, genauer gesagt von einem „europäischen Volksgruppenrecht“, als integralen anerkannten Teil des Internationalen Staatsrechtes erreicht werden. Zu solch einem „Volksgruppenrecht“ gehören weiterhin das „Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Volksgruppen“ und deren regionale Territorialautonomie.

Diese deutsche Konstruktion eines „Volksgruppenrechts“ zielt auf die Sonderung einzelner Gruppen, um im eigenen machtpolitischen Interesse die eine gegen die andere auszuspielen. Hierfür soll in den nächsten Jahren das Internationale Staatsrecht ausgehebelt bzw. neu definiert werden. Dies ist Programm deutscher Außenpolitik: Hierin treffen sich Fischer, Scharping und Schröder mit den „Vertriebenenverbänden“. Der gemeinsame Nenner ist die besondere deutsche Verbindung von moralisch-ethischen mit ethnischen Elementen. Die „moralisch guten“ Deutschen sind die „Befreier und Beschützer der Völker im Osten Europas“, so wie es der „engagierte“ propagandistische und militärische deutsche Kosovo-Einsatzes der Welt vorgeführt hat.

Dahinter steht das Konzept vom: „Menschenrecht bricht Staatsrecht“, das heute nicht nur bei Konservativen, sondern auch im grün-alternativen Lager auf Beifall stößt. Der Autor dieser Losung, Adolf Hitler, präzisierte diesen Gedanken wie folgt: „Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird“, schreibt er in „Mein Kampf“, „dann ist Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. [...] Nicht die Erhaltung eines Staates“ sei „der höchste Zweck des Daseins der Menschen, sondern die Bewahrung ihrer Art.“ Hitler sprach die deutsche Überzeugung aus, dass jeder Mensch vor allem seinem Volk und nicht dem Staat, dem er angehöre, verpflichtet sei. Gegebenenfalls müsse ein Volk staatliche Grenzen überwinden, um zur Einheit zu gelangen.

Den Blickwinkel „Menschenrecht bricht Staatsrecht“ hin auf eine neue Auslegung des bisherigen Internationalen Staatsrechts richtete auch Außenminister Fischer während seiner ersten großen Rede vor der UN-Generalversammlung im September 1999. Fischer stellte hier die rhetorische Frage, ob den Vereinten Nationen die Staatssouveränität wichtiger sei als der

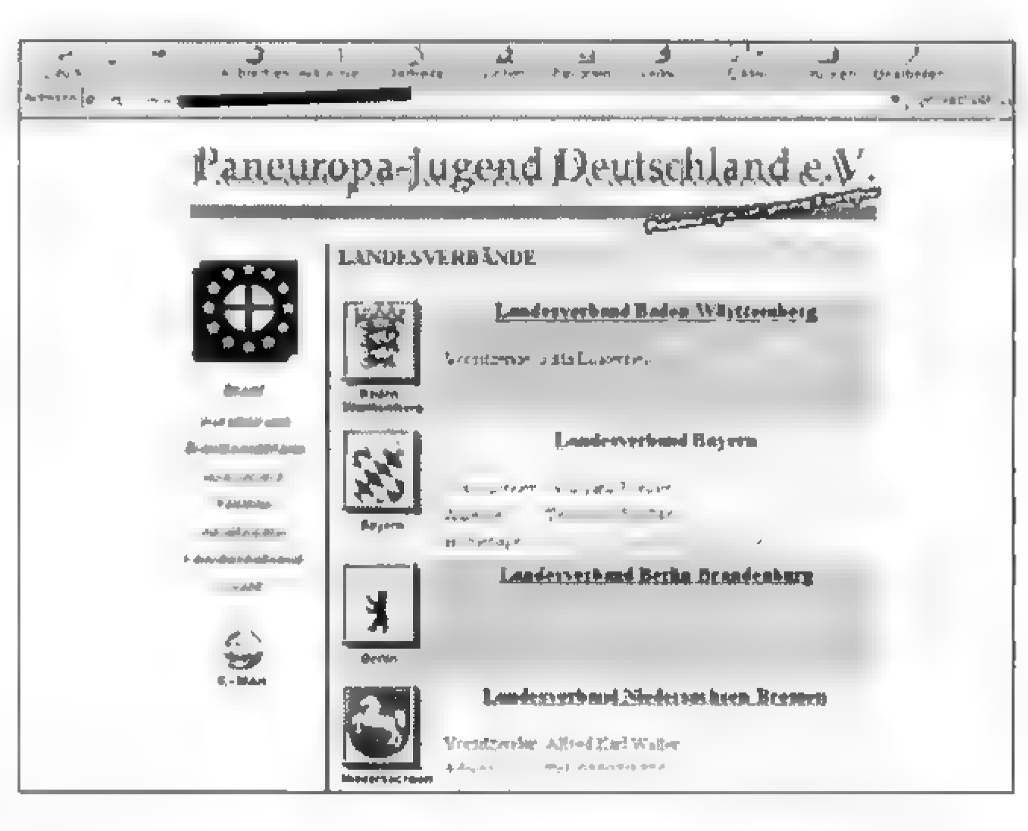
David Janzen

Schwarz-brauner Sumpf

Im März diesen Jahres wurde in Braunschweig der Landesverband Niedersachsen/Bremen der „Paneuropa-Jugend“ (PEJ) ins Leben gerufen. Torsten Rimane, Wirtschaftsinformatiker aus Wolfenbüttel und Vorsitzender des neuen Landesverbandes, hat sich zum Ziel gesetzt „christliches Wertebewusstsein und freiheitlich-konservatives Denken in der niedersächsischen Jugend zu stärken“. Weitere Vorstandsmitglieder des neuen PEJ-Landesverbandes sind Karoline Siwek (Celle), Burkhard Büsing (Cremlingen), Ruth Gallus (Helmstedt) und Thomas Zöller (Braunschweig). Sören Kupke (Helmstedt) übernahm das Amt des Geschäftsführers, Ingmar Ebhard (Sottrum) das des Schatzmeisters und Kerstin Claußen (Bremen) wurde zur Vorsitzenden der Frauen und Mädchen gewählt.

Der Landesvorsitzende Torsten Rimane gehört dem rechten Flügel der CDU an, fungierte von 1997 bis 1999 als Landesvorsitzender der „Jungen Union“ (JU), war auf der Landesliste der CDU zur Bundestagswahl 1998 und kandidierte als RCDS-Mitglied für das Braunschweiger Studentenparlament. Rimane war 1993 einer der Mitbegründer des „Arbeitskreises Junger Konservativer“ (AJK) an der TU Braunschweig, der sich zum Ziel gesetzt hatte „die Konservative Revolution im Deutschen Volke voranzutreiben“. Während seiner Zeit bei der „Jungen Union“ in Wolfenbüttel tat sich Rimane als Verantwortlicher für ein Flugblatt hervor, in dem die Existenz verschiedener Rassen behauptet und die Forderung aufgestellt wurde, bei der Einwanderung auf rassistische Kriterien zu achten, da eine multikulturelle Gesellschaft „nirgendwo auf der Welt“ funktioniere. Auch der stellvertretende Vorsitzender des neugegründeten PEJ-Landesverband ist kein Unbekannter: Christian Vollradt schreibt regelmäßig für die „Junge Freiheit“ und ist Mitglied des RCDS an der Uni Göttingen.

Während beispielsweise der PEJ-Landesverband Bayern in fast allen größeren Städten mit Kreisverbänden vertreten ist, ist die Zusammenstellung des niedersächsischen Landesverbandes weitgehend auf die Region Braunschweig beschränkt. Nach dem Niedergang des AJK, dessen Umtriebe im rechten Spektrum immer wieder durch antifaschistische Proteste begleitet waren, versucht die PEJ nun offensichtlich an der Arbeit des AJK anzuknüpfen und in schwarz-braunen Gewässern in und rechts von der CDU zu fischen. Die Braunschweiger CDU



Internetseite der „Paneuropa-Jugend“

scheint dabei wenig Probleme mit ihrem neurechten Nachwuchs zu haben. Frank Bötzkes, Mitbegründer und langjähriger Sprecher des AJK, Schreiber in der „Jungen Freiheit“, Mitglied der „Evangelischen Notgemeinschaft“ und des „Arbeitskreise Christlicher Publizisten“, ist inzwischen zum stellvertretenden Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Braunschweig aufgestiegen. Berührungsängste mit offen neofaschistischen Gruppierungen hat Bötzkes nicht: auf der Einladungsliste zu einer Veranstaltung des „Staatspolitischen Clubs“ stand sein Name gemeinsam mit dem damaligen NPD-Vorsitzenden Günter Dekkert und Matthias Feske, Mitglied der Organisation „Deutsches Hessen“ und der verbotenen „Deutschen Alternative“.

Schutz der Menschen und ihrer Rechte: „Die Frage der Friedenssicherung stellt sich [...] zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen der klassischen Staatsouveränität und dem Schutz der Menschenrechte." Was damit gemeint ist, geht eindeutiger aus einem Papier des Auswärtigen Amtes zum sog. „Stabilitätspakt für Südosteuropa" hervor: Hier ist die Rede von einer „zugespitzten Entscheidungssituation zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Erhalt der Einheit multiethnischer Staaten". Es bestehe da ein „normatives Ungleichgewicht" zwischen dem Schutz des Staates und dem Schutz von Menschen. Es geht um „eine Gewichtsverlagerung weg vom völkerrechtlichen Staatsschutz und hin zum Individualschutz" welches dann auch eines „militärischen Überlebensschutzes von Menschen" bedarf, wie der NATO-Überfall auf Jugoslawien zum Schutz der albanischen Kosovo-Bevölkerung gezeigt hat, so Dr. Kreß, zuständiger „Referent im Völkerrechtsreferat" des Berliner Justizministerium. Dieser „Überlebensschutz von Menschen" ist im deutschen Verständnis aber nicht alleine auf den individuellen Menschen, sondern immer auch auf die Volksgruppe bezogen. Es geht um den „ethnischen Schutz einer Volksgruppe". Dies zeigte einmal mehr der Kosovo-Feldzug.

Die Europakonzeption

Die „Vertriebenenfunktionäre" waren trotz ihres Revanchismus doch so „einsichtig" und „realitätsnah" davon auszugehen, dass die ehemaligen deutschen Ostgebiete nicht so ohne weiteres wieder an die Bundesrepublik zurückfallen würden. So formulierten sie in der „Charta", dass es „Aufgabe aller europäischer Völker" sei „die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas" zu erreichen. Mit der Propagierung einer „europäischen Lösung" gingen sie davon aus, dass die Regelung der „deutschen Frage" nicht im Alleingang zu entscheiden sei, sondern nur mittels der Überwindung der „gesamteuropäischen Teilung", mit Hilfe der westlichen Verbündeten. Der Revanchismus bekam dadurch ein europäisches Gesicht; die Forderungen nach den deutschen Ostgebieten traten hinter den Floskeln von „Freizügigkeit" und einer „freien Heimat in einem freien Europa" zurück.

Ein Kernpunkt der Europakonzeption der „Vertriebenenverbände" ist der „Aufbau europäischer internationalisierter Territorien in strittigen Gebieten". Dabei sind im Verständnis der „Vertriebenen" „strittige Gebiete" alle ehemaligen deutschen Ostgebiete sowie alle Gebiete in denen nationale bzw. ethnische Minderheiten die Mehrheit oder einen repräsentativen Anteil der Bevölkerung stellen und „kompakt siedeln", gemeint. In diesen Gebieten sollen sie dann eine weitgehende Territorialautonomie mit Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung, Rechtsprechung und Polizei erhalten. Mit dieser Konzeption zielen die „Vertriebenen" darauf, wie sie sagen „die verkrusteten Formen der nationalstaatlichen Gebilde aufzubrechen". Dies bedeutet nichts anderes, als dass die geltenden Grundsätze des bisherigen Internationalen Staatsrechts – staatliche Integrität, Souveränität der Staaten und die Unverletzlichkeit von Grenzen – gesprengt werden würde.

Die heutige Politik der „Vertriebenen" kann man deshalb nicht mehr unter dem Begriff Revanchismus abhaken. Es geht heute nicht um die territoriale Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete an Deutschland, sondern darum, im Rahmen einer Europäisierung eine Regionalisierung bzw. Separierung von Staaten zu erreichen. Wobei für die Zukunft bei der Dynamik, die die deutsche bzw. internationale Politik in den letzten Jahren gehabt hat, nicht auszuschließen ist, dass auch die Option der nationalen territorialen Angliederung wieder ihre Bedeutung erhält.

„Verantwortung der Völker"

Am Ende der „Charta" sprechen die Autoren in einem überheblichen Ton davon, dass „die Völker der Welt ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden" sollen. Die Deutschen im allgemeinen und die deutschen „Heimatvertriebenen" im besonderen werden als die wahren Opfer des Zweiten Weltkrieges sowie dessen Nachkriegsfolgen dargestellt. Die übrige Welt sei schuld am „Leid der deutschen Vertriebenen", so der gesamte Tenor der „Charta": „Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen [...] ein Weltproblem" darstellt, zur „dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung" gefordert sind.

Die „Charta" stuft damit die Leiden der Bevölkerung in den Nachbarstaaten Nazi-Deutschlands in den Jahren bis 1945 faktisch als zweitrangig, als untergeordnet gegenüber dem Leid der in Reaktion auf diese Politik umgesiedelten Deutschen ein. Der Zusammenhang mit den vorhergehenden singulären Verbrechen der NS-Politik wird nicht genannt. Mit solch einer, die NS-Geschichte und ihre Verbrechen relativierenden, verharmlosenden und verfälschenden Argumentation werden „die Völker" aufgefordert, Wiedergutmachung zu leisten.

Diese politische Einstellung hat sich über die Jahre nicht geändert. So sprechen sich die „Vertriebenenverbände" seit langen energisch gegen die geplante EU-Aufnahme von Polen und Tschechien aus. Denn bei der EU-Osterweiterung geht es eben auch „um die grundsätzliche Rückkehrmöglichkeit, um das höchstpersönliche Heimatrecht. In jedem Fall müssen die Staaten, die Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben und enteignet haben, Entschädigungsregelungen treffen", so BdV-Präsidentin Erika Steinbach in einem „Focus"-Interview. Es geht um die Aufhebung aller „Vertreibungs-Dekrete", um die Anerkennung eines „Heimatrechts" und um „Wiedergutmachung". Wer die „Vertreibungsverbrechen der Polen oder Tschechen an den Deutschen" nicht verurteilt und nicht „Wiedergutmachung" leistet, verharre in einem „ethnischen Totalitarismus", so Steinbach: „Die Bundesregierung macht sich schuldig an den deutschen Opfern und der ganzen EU, wenn die östlichen Staaten diese geistigen Hypotheken in die EU einschleppen".

Insgesamt zeigt sich, dass die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" kein Dokument ist, welches ein „frühes Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung" den Europäern darbot. Die Formulierungen der „Charta" waren nicht „mißzuverstehen" oder beschränkten sich nicht auf „substantielle soziale Forderungen". Die „Charta" entstand in Ablehnung zum Potsdamer Abkommen und war eindeutig gegen deren Festlegungen gerichtet: Es muss als ein Dokument gelten, welches klar revisionistisch geprägt und in seinem Grundtenor bewusst gegen das bisherige Grundverständnis des Internationalen Staatsrechts gerichtet ist.

Mit den völkisch geprägten politisch-ideologischen Kernaussagen vom „deutschen Volkstum", der „Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis", dem „Gewaltverzicht", einer „freien europäischen Lösung der Völker", dem „Recht auf die Heimat" als „Gott geschenktes Menschenrecht" sowie der Aufforderung an die „Völker auf Wiedergutmachung" enthält die „Charta" eine gefährliche politische Mischung, deren Wirkungen erst heute, nach der Zäsur von 1990 und der des Krieges um das Kosovo, tatsächlich realitätsträchtig werden.

Von Holger Kuhr erschien kürzlich eine umfangreiche Analyse zur „Charta der deutschen Heimatvertriebenen". Sie kann für 7 Mark bestellt werden: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: 040/43188820, Fax: 040/ 43188821, E-Mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

BFB aufgelöst

Die Bundesdelegiertenversammlung des "Bund Freier Bürger" (BFB) beschloss am 12. und 13. August diesen Jahres in Fulda die Auflösung der Partei. Nach Angaben des BFB-Bundesvorsitzenden Heiner Kappel seien hohe Geldschulden der Grund für die Auflösung. Außerdem solle der Weg für eine "sinnvolle Bündnispolitik" mit anderen rechten Parteien eröffnet werden (Vgl. DER RECHTE RAND Nr. 64). In der jüngeren Vergangenheit war die Mitgliederzahl des BFB aufgrund von zahlreichen Aus- und Übertritten stark gesunken. Nach Eigenangaben hatte die Partei zuletzt 2000 Mitglieder.

Hitlers Dank und Gruß

In einer Festschrift zum Heimatfest der Harzer Bergstadt Altenau am zweiten Septemberwochenende diesen Jahres ist ein Brief Adolf Hitlers unkommentiert abgedruckt worden. Der Brief vom 30. August 1933 beinhaltet die Annahme der Altenauer Ehrenbürgerschaft "mit ergebenstem Dank" und eine Glückwunschadresse an die Stadt. Altenaus Bürgermeister Gerhard Lindemann (CDU) behauptete, er könne sich den "peinlichen Vorfall" nicht erklären. Weder er noch die Mitglieder des Festausschusses hätten das Schreiben Hitlers bei einer "flüchtigen Durchsicht" bemerkt. Altenau dürfe nicht "in die rechte Ecke gestellt" werden. Einzelheiten darüber, wie der Brief in die Festschrift gelangt sei, wollte der Bürgermeister aber nicht nennen. Auch werde die Schrift nicht eingestampft, sondern in die noch nicht verteilten Exemplare eine zusätzliche Seite geheftet. Auf dieser stehe, dass sich 1933 nur wenige hätten vorstellen können, welchen "Ausgang" die Politik der Nationalsozialisten nehmen würde. Nach 55 Jahren will nun aber auch der Altenauer Stadtrat Adolf Hitler den Ehrenbürgertitel aberkennen.

Janine Clausen

Weder Konzession noch Bier

Razzia im „Club 88“

Seltene Gäste bekam am 19. August der “Club 88” in Neumünster. Gegen 22.00 Uhr sperrte die Polizei die Straßen rings um den Club ab und drang in die 36 Quadratmeter große Kneipe ein. Sie nahmen die Personalien von 22 Besuchern auf und stellten mehrere CDs sicher. Ziel der Aktion sei es gewesen, betonte ein Polizeisprecher aus Kiel, “Erkenntnisse über eine mögliche Schließung des Clubs zu erlangen”. Dies scheint sich ausgezahlt zu haben. Die Stadt hat konkrete Schritte eingeleitet um den „Club 88“ jetzt zu schließen.

Bei der Razzia im Neumünsteraner Stadtteil Gadeland ist es, laut Angaben der Polizeibeamten, zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Anders in der Innenstadt. Dort kam es nach der Razzia zu Übergriffen. Mehrere Skinheads aus dem Umfeld des von Christiane Dolscheid und Jan Steffen Holthusen geführten Clubs griffen zwei Jugendliche an und verletzten sie. Seit Bestehen des Nazizentrums ist es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen gekommen. Während die Stadt jahrelang keinen Handlungsbedarf sah, sagt Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg heute, er hätte “schneller und deutlicher öffentlich ein Zeichen setzen sollen”.

Anlass der neuen Problemwahrnehmung des Sozialdemokraten dürfte der inzwischen entstandene öffentliche Druck sein. Bewegten Flugblattaktionen der Antifa und Demonstrationen eines breiten Bündnis die Stadt noch nicht zum Handeln, so scheint im Klima der neuen “antifaschistischen Republik” die Unterschriftenkampagne “Sofortige Schließung des Club 88” den Sinneswandel bewirkt zu haben. Über 500



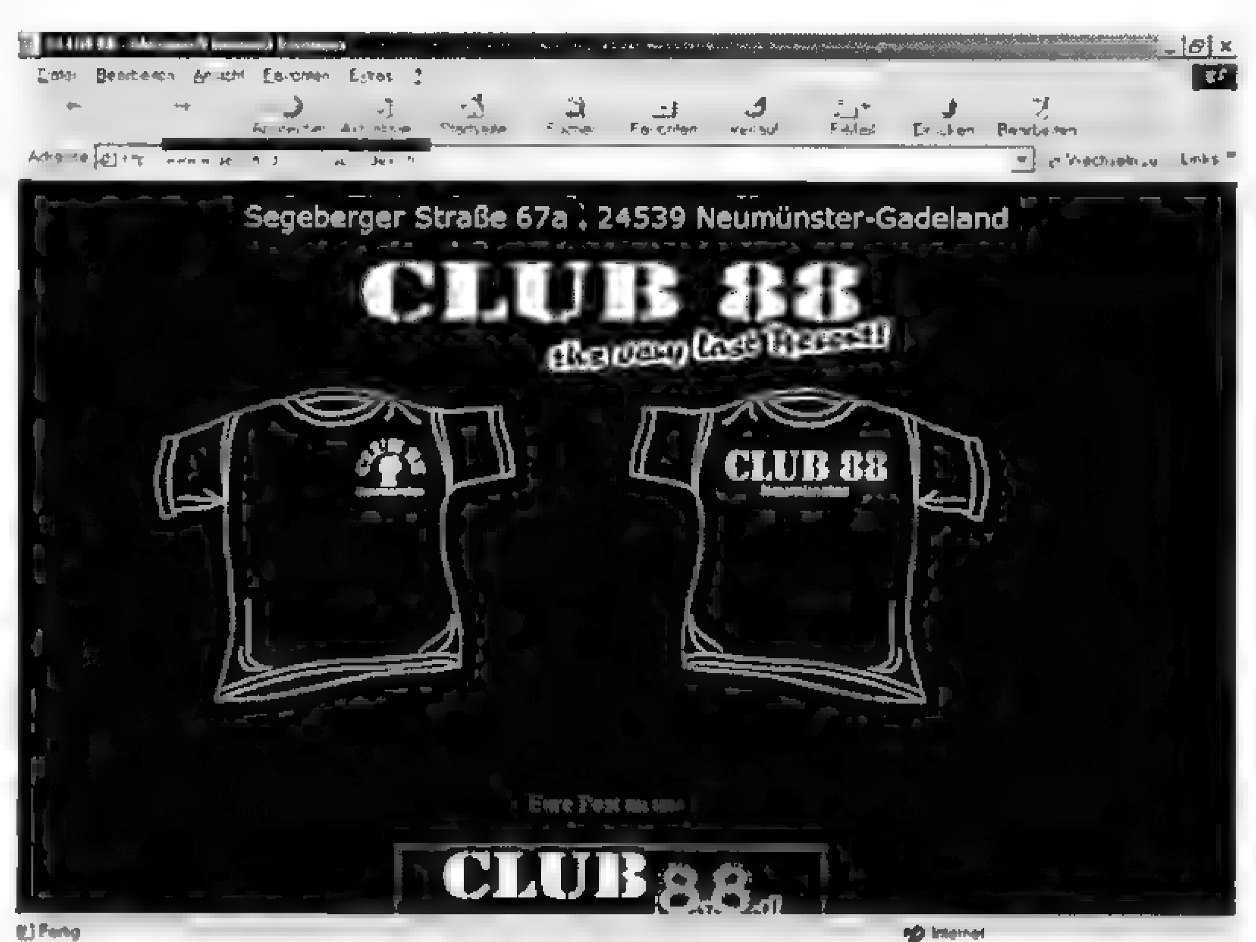
Werbeträger für den „Club 88“

Menschen haben die Forderung bereits unterschrieben.

Den Behörden sei zwar bekannt, dass in dem Nazizentrum nicht nur Alkohol ausgeschenkt werde, erklärte Unterlehberg. Auch Skinkonzerte würden gegeben und Neonazi-Aufmärsche vorbereitet. Doch dies verstoße weder gegen das Gaststättenrecht noch gegen das Vereinsgesetz oder das Allgemeine Ordnungsrecht. Die Ergebnisse der Ermittlungen ergeben jedoch für den Oberbürgermeister eine neue Sachlage. Mittlerweile räumt er jedoch ein, dass die politische Aktivität der Betreiberin ihr Konzessionsrecht in Frage stellen würde. Konkret benennt er, dass das Abonnement rechtsextremer Zeitschriften mit dem Betrieb einer Gaststätte nicht vereinbar sei. Und das der Club als Anlauf- und Rekrutierungsstelle neuer Kameraden diene. Desweiteren sei Dolscheid als Autorin des „Zentralorgans“ und Aktivistin des inzwischen verbotenen „Hamburger Sturms“, eine Propagandistin extrem rechten Gedankenguts. Dies alles lasse den Entzug der Konzession als aussichtsreich erscheinen, so Unterlehberg.

Gehandelt hat auch schon die Firma “Warsteiner”. Nachdem die IG Metall die Bierfirma darauf aufmerksam machte, dass ihr Logo an dem Neonazizentrum hängt, entfernten sie ihr Werbeschild am Eingang. Die Bierlieferung hatte “Warsteiner” schon seit langem wegen zu geringen Umsatzes eingestellt. Sicher ist noch nicht, ob dem “Club” nun auch der Bier-Hahn zugedreht werden kann.

Welche Schritte die Stadt weiter einleitet um den Widerruf der Konzession zu erzielen ist noch offen. Welche juristischen Möglichkeiten Dolscheid noch bleiben ist ebenso unklar. Gehofft wird, daß das Verfahren schnell abgeschlossen werden kann.



Der „Club 88“ präsentiert sich im Internet

NPD-Blatt wirbt für „Anti-Antifa“

Seit einigen Monaten gibt die NPD eine neue Zeitung heraus. Sie nennt sich „Nationale Nachrichten - aktuell“ (NN) und soll nach eigenem Bekunden an alle Haushalte mit der Tagespost verteilt werden. Mittlerweile ist die dritte Auflage zumindest an einige Haushalte verteilt worden. Die Seite 4 dieser Ausgabe ist mit der Überschrift versehen „Wo in den Städten der linksextreme Mob regiert“. In völliger Verkehrung der tatsächlichen Situation wird dann behauptet, dass „linksextreme Gruppen“ die deutschen Städte mit ihrer Gewalt überziehen und dabei von den „roten Bonzen“ (sie meinen wohl die Kommunalvertreter) noch unterstützt werden. Das Ziel dieser absurden Behauptungen zeigt sich in einem weiteren Artikel: Hier wird dann dazu aufgerufen, dem NPD-Blatt Namen und Adressen von politischen Gegnern mitzuteilen. Es heißt dort: „Sagt uns, wo es in Euren Städten Probleme mit gewalttätigen ‚Autonomen‘, der ‚Antifa‘, ausländischen Jugendbanden, organisierter Kriminalität oder Parteienfilz gibt.“

Diese „Informationen“ sollen an den Chefredakteur von NN, Christian Wendt, geschickt werden. Christian Wendt ist kein Unbekannter in der Neonaziszene. So gehört er seit langem zum Neonazikreis um Frank Schwerdt (ebenfalls Redakteur NN), der im Raum Berlin/Brandenburg aktiv ist. Anfang 1998 hatte Wendt eine „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten innerhalb und außerhalb der NPD“ gegründet. Außerdem ist er nach seit seiner Haftentlassung im Januar 1999 wieder Schriftleiter der „Nachrichten der HNG“.

Die steigende Gefahr die von diesen „Anti Antifa“ Aktivitäten ausgeht, ist mittlerweile auch dem Bundeskriminalamt (BKA) be-



Die NN fanden in Hamburg nicht ungeteilte Zustimmung

wusst geworden. So wies es vor kurzem darauf hin, dass es unter anderem im Internet eine ständig steigende Zahl „linker Listen“ gäbe. Auch das BKA ist mittlerweile der Ansicht, dass Rechtsextremisten immer offener linksgerichtete Politiker, Gewerkschafter und Künstler in Deutschland bedrohen.

Udo Sommerfeld

Neuer Verein

In Lüneburg gibt es ein neues Projekt der Faschisten. In der „Deutschen Stimme“, (Ausgabe 4/2000) stellt sich der „Arbeitskreis für Kultur und Geschichte“ mit Postfach in Lüneburg vor. Der Arbeitskreis möchte in Norddeutschland tätig werden und gemäß seinem Schwerpunkt, die „ganzheitliche nationale Lebensweise“ verwirklichen.

Christian Dornbusch

Zwischen Frohlocken und Verboten

Nach dem desaströsen "Wave-Gotik-Treffen" (WGT) zu Pfingsten diesen Jahres in Leipzig frohlockte die am Neo-Folk interessierte Schwarze Szene angesichts des reichhaltigen Konzertsommers, der ausgiebigen Ersatz bieten sollte.

Neo-Folk ist eine modernisierte Neuauflage von Folklore-Musik, die mit teils naturreligiösen oder romantischen teils kämpferischen, opferbereiten Texten untermalt wird. Eindeutig extrem rechte Statements sind selten, viel eher lebt die Musik von ihren Andeutungen und ihrem Bezugsrahmen. Den bildet in der deutschen Neo-Folk-Szene das Dresdener Darkwave-Magazin "Sigill" bzw. jetzt "Zinnober" von Stephan Pockrandt. Das Zeitungsprojekt präsentierte in den vergangenen Jahren der LeserInnenschaft Autoren und Denker der Konservativen Revolution und des italienischen Faschismus und rehabilitierte NS-Künstler wie Riefenstahl, Breker oder Thorak. Begeisternde Zustimmung sprach aus den Zeilen und bildete stets die kulturpolitische Grundlage sowohl für die Arbeit der Zeitung als auch für das 1997 gegründete Label "Eis & Licht". Andeutungsvolle Hinweise in den Texten zur Musik finden so bei der Hörerschaft ihre entsprechend eindeutige Interpretation.

Der diesjährige Sommer versprach den Fans jener Musik ein ausgefülltes Programm. Den Auftakt machte das kurzfristig von Stephan Pockrandt organisierte Akkustikkonzert von "Death In June" am 17. Juni in Orlamünde. Obwohl der Einlass nur mit persönlicher Einladung erfolgte, waren gut 250 ZuschauerInnen zugegen. Es schien, als wollte sich der Veranstalter mit der persönlichen Kartenvergabe vor der kritischen Öffentlichkeit abschirmen, so dass die BesucherInnen bei einer quasi privaten Veranstaltung unbekümmert der Darbietung der Band lauschen und von vergangenen, größeren Zeiten träumen konnten.



„Dies Natalis" beim Dark-Wave-Festival im sächsischen Glauchau

Der Highlight des Sommers sollte das "Thaglasz - Death In June Freundeskreis"-Festival am 14. Juli in Kassel sein. Die dafür angekündigten Bands "Death In June", "Kapo!" und "Les Joyeaux De La Princesse" sind schon lange als die ausgewiesenen extrem rechten Gruppen des Genre bekannt, andere besitzen einen explizit rechten Ruf wie beispielsweise "Kirlian Camera" und "Ostara". Der Veranstalter Stefan Rukavina rundete das internationale Programm mit der Jenaer Band "Forseti", deren Bekanntheit aus ihren Auftritten im Vorprogramm von "Death In June" resultiert und der Formation "Aurum Nostrum" aus Genthin ab, die noch ein relativer Newcomer der Szene ist. Als in Kassel bekannt wurde, von welchem politischen Kaliber die dort auftretenden Bands sind, versuchte der Besitzer des ersten, ursprünglichen Veranstaltungsortes vom Vertrag zurückzutreten. Rukavina wich daraufhin kurzfristig in die Factory aus. Dort versammelten sich am Konzertabend ca. 500 Menschen, viele ausstaffiert mit Tarnuniformen und der typisch rechten Symbolik: SS-Totenkopf, Sig-Runen und Wolfsangeln. Als die Besitzer der Örtlichkeit des angereisten Publikums gewahr wurden, versuchten auch sie vom Vertrag zurückzutreten und die Mitarbeiter drohten mit Streik. Das Konzert platzte schließlich. Als Douglas Pearce von "Death In June", Erik Konofal von "Les Joyaux De La Princesse" und Andreas Ritter von "Forseti" nachts noch spontan vor ihrem Hotel spielten, beschränkte sich der polizeiliche Auftritt ausschließlich auf die Wahrung der öffentlichen Nachtruhe.

Zumindest der JF-Autorin Ellen Kositza sowie der "Sigill"-Crew war es dann zwei Wochen später möglich, "Les Joyaux De La Princesse" auf der Sommeruniverisität der "Europäischen Synergien" in der Lombardei/ Italien zu bewundern. Für kulturelle Abwechslung während des "neu-rechten" Bildungsurlaubs sorgte u. a. noch die Mailänder Darkwave-Band "Camerata Mediolanense" sowie die neonazistische Skinhead-Band "Gesta Bellica".

Als Konsequenz aus dem Kasseler Desaster organisierte Andreas Ritter ein Alternativ-Konzert für den 5. August in Bucha. Der Kartenverkauf erfolgte auch diesmal nur via persönlicher Einladung, das heißt vorheriger persönlicher Anmeldung. Neben "Forseti" sollten an dem Abend die Formation "Aurum Nostrum" und die Rathenower Band "Sonne Hagal" auftreten. Diesmal verbot allerdings die kommunale Verwaltungsgemeinschaft Südliches Saaletal die Veranstaltung. Sie vermutete dahinter ein getarntes Skinhead-Konzert und befürchtete, dass es in dem Rahmen auch zu Propaganda-Delikten u. ä. kommen könnte. Hauptgrund für das Verbot war vermutlich eine am selben Tag stattfindende Demonstration der JN in unmittelbarer räumlicher Nähe. Als nämlich in der darauffolgenden Woche beim "Sonnenfeuer Festival" im sächsischen Glauchau die Bands "Dies Natalis" und "Hekate" auftraten, war keine polizeiliche Ordnungsmacht zugegen. Obwohl das Festival vom Chemnitzer Geschäft für naturreligiösen Bedarf, "Mittgard", ausgerichtet wurde, waren die Besucher vorwiegend schwarz gekleidet, untermalt mit tarnfarbener Armeebekleidung und geschmückt mit zum Teil verbotener Symbolik. Anwesende Vertreter der neonazistischen "Tyr-Mannen" oder der "Deutschen-Heidnischen-Front" (DHF) fielen da gar nicht auf.

Den Abschluss des Konzertsommers bildete das von Marko Koch vom Hannoveraner Label "Stateart" zusammen mit dem Rostocker Szeneladen "ars macabre" organisierte Industrial Festival "Collapse" auf der MS Stubnitz in Rostock am 18. und 19. August. Das Hannoveraner Label "Stateart" ist dafür bekannt, mitunter auch rechten Bands ein Podium zu bieten. Dazu gehört wohl auch das französische Projekt "Nocturne". Der uniformierte Mann hinter den Reglern präsentierte mit verschiedenen Samples und mit einem kurzen Filmdokument aus Zeiten von Vichy-Frankreich seinen affirmativen Bezug auf die französische Okkupation und Kollaboration mit Nazi-Deutschland.



Douglas Pearce von "Death In June"

Festzuhalten bleibt, dass die Musik des Neo-Folk samt ihrer uneindeutigen Eindeutigkeiten, ob gewollt oder nicht, zum festen Bestandteil einer sich "neu-rechts" gebärenden Szene geworden ist. Für die neonazistischen Kameraden aus JN, "Freien Kameradschaften" oder DHF ist sie eine willkommene Abwechslung des musikalisch rechten Angebotes. Dass sich das "Sigill" heute beschwert, dass diese "ihre" Konzerte besuchen, wird daran nichts ändern. Denn das sind die Geister, die sie riefen ...

Thomas Naumann

Ein Fenster in die europäische Vergangenheit

Mitte Juli diesen Jahres veranstaltete die Kultur-Organisation "Los Cantos de Maldoror" in Spanien das Festival "Arcana Europa". Als musikalische Highlights standen die rechten Darkwave-Gruppen "Sol Invictus" und "Allerseelen" auf dem Programm. Zeitgleich zum Festival erschien die erste Ausgabe eines neuen Darkwave-Magazins mit selbem Titel - mehrsprachig.

Im Vorwort des Heftes "Arcana Europa Magazine" definieren die Herausgeber den "wahren Sinn eines vereinigten Europas", einen Sinn, der "durch die eigene Geschichte und die eigene Kultur" gegeben werde. Im folgenden bieten sie rechten Vertretern der neuheidnischen sowie der Darkwave-Szene ein Forum, in dem diese "Geschichten, Mythen und Legenden" erzählen können. Als "eigener Kultur" wird dem Heidentum gehuldigt, über welches mit verklärtem Blick im gesamten Heft philosophiert wird.

In diesem Geist werden die Germanen von Andrea Haugen, Sängerin der Musikgruppe "Hagalaz Runedance", als demokratische und antipatriarchale Gesellschaft bezeichnet. Antipatriarchal heißt bei ihr, dass Frauen ihre "natürliche Bestimmung" bewusst angenommen hätten und gleichberechtigt behandelt worden seien. Ebenso naturreligiös argumentiert die Sängerin der Band "Ataraxia" Francesca Nicoli, wenn sie ausführt, dass Frauen "die beste Seite der Humanität" mit der Natur verbände. Alberto Monreal, Präsident der "Maldoror"-Gruppe, fordert eine Abkehr von der Moderne zurück zur Irrationalität. Die "Neue Weltordnung" des Jahres 2000, so schreibt er, führe zur Entfremdung, und er kommt zu dem Schluss, dass "die Welt ein Konzentrationslager mit dem Erscheinungsbild eines Verbrauchermarktes wurde".





Die Schwarze Sonne - war auch bei der SS sehr beliebt

Diejenigen, die das Heidentum in der Vergangenheit zerstörten, sind für die versammelten Autoren auch gefunden. Für Haugen ist es die falsche Geschichtsschreibung des Christentums. Der Vorsitzende der rechten Heidengruppe "Ramuva" aus Litauen, Jonas Trinkunas, benennt in seinem Beitrag die vermeintliche Feigheit der Slawen und die Kommunisten als Verursacher. Mariano Cittadino, Moderator beim spanischen Radio "Witness of Twilight", wiederum benennt die Moslems mit ihrem "ziemlich starken intoleranten und fanatischen Charakter" als die Eroberer der iberischen Halbinsel. Ermutigt worden seien diese von "den Juden", die als "Wucherer im verarmten Europa" ihr Geld verdient hätten und deswegen aus vielen Ländern vertrieben worden seien.

Im Heft schreiben auch die Deutschen Holger Kliemannel und Arne Thau. Kliemannel, Mitglied im okkulten Orden "Dragon Rouge" und lange Zeit Verantwortlicher des bioregionalistischen Periodikums "Die Stachelbeere", erläutert die Ursprünge der "Schwarzen Sonne" und kritisiert den inflationären Gebrauch der Symbolik. Thau, Mitglied der Neofolk-Band "Hekate" und Redaktionsmitglied des Darkwave-Magazins "Black", beschließt mit seinem Text über die geschichtlichen Hintergründe der Eroberung Südeuropas durch die Araber das Heft. In der aktuellen Ausgabe des "Black" bietet er Kadmon (Gerhard Petak) ein Podium für dessen extrem rechte Weltanschauung. So verharmlost der Kopf der Formation "Allerseelen" den Hitler-Verehrer Miguel Serrano beispielsweise als "chilenischen Minnesänger".

Am 15. Juli spielten im Rahmen des "Arcana Europa Festival" im Amphitheater von Segobriga, in der Nähe Madrids, eine Reihe vorwiegend folkloristischer Musikgruppen, unter ihnen auch einige eindeutig rechte wie beispielsweise die Formationen "Sol Invictus" oder "Allerseelen". Dem europäischen Charakter der ausrichtenden Organisation entsprechend fand in vielen Ländern ein Vorverkauf statt. In Litauen übernahm diese Funktion die heidnische Organisation "Ramuva", die auch als örtliche Sektion der "Synergies Europeennes" fungiert, dem europaweiten Zusammenschluss der "Neuen Rechten". Pikant an der ganzen Sache ist, dass sowohl Zeitung als auch Festival durch das "Youth for Europe Program" der "Europäischen Union" unterstützt werden.

„Renovatio Imperii"

Timo Kölling, bisher Herausgeber des Musikmagazin "Moondance" (vgl. DER RECHTE RAND Nr. 64), veröffentlichte jüngst in seinem Verlag "Renovatio" ein neues Periodikum namens "Renovatio Imperii". Die Zeitung soll künftig vierteljährlich erscheinen und sich vorwiegend mit der Thematik "Esoterik und Metaphysik traditionaler Prägung" beschäftigen. Gewidmet ist das Debüt dem Theoretiker des italienischen Faschismus Julius Evola sowie der Verkörperung des ästhetischen Fundamentalismus, dem Dichter Stefan George. Die Widmung ist Programm, Kölling präsentiert je einen Artikel zu Evola und zu George und garniert die Zeitung mit einem Aufsatz von Evola sowie einer Rede von Gottfried Benn auf George. Abgerundet wird das Magazin wie üblich mit entsprechenden Rezensionen.

„Satansmörder" verhaftet

Der Rechtsextreme Hendrik Möbus aus Thüringen ist nach monatelanger Flucht gefasst worden. Nach Möbus wurde weltweit mit zwei Haftbefehlen gefahndet. Der 24-Jährige Satanist aus Sondershausen wurde Ende August diesen Jahres im US-Bundesstaat West Virginia von einer US-Spezialeinheit verhaftetet. Er hatte sich in mehreren Bundesstaaten aufgehalten und wurde dort von rechten Gruppen unterstützt.

Seinen Lebensunterhalt in den USA verdiente er sich mit dem Verkauf rechtsextremer Musik-CDs für einen Verlag. Seit einigen Wochen lebte er auf dem Grundstück des Rassisten William Pierce in West Virginia. Dieser ist Gründer der „Nationalen Allianz" und Autor der berüchtigten „Turner Diaries". Sie dienten vermutlich als Anleitung für den rechtsextremen Attentäter Timothy McVeigh, der 1995 bei einem Bombenanschlag auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City mehr als 160 Menschen tötete.

Möbus war im Dezember 1998 unter seinem richtigen Namen in die USA eingereist. Er soll nun in Kürze der Thüringer Justiz überstellt werden. In Deutschland muss er zunächst eine Reststrafe von zwei Jahren und acht Monaten wegen Mordes absitzen. Im Jahre 1993 hatte er mit zwei Freunden einen 15-Jährigen Mitschüler ermordet, der sich über die Gruppe „Kinder des Satans" lustig gemacht hatte. Möbus war für die Tat zu acht Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Im September 1998 wurde er nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen. Die Bewährung war gerichtlich widerrufen worden, nachdem er durch rechtsextreme Propaganda nach der Entlassung aufgefallen war. Zwei Verfahren wegen rechtsextremer Taten sind noch nicht abgeschlossen. Das lange juristische Prozedere zur Aufhebung der Bewährung hatte Möbus zur Flucht genutzt.

Andreas Speit

Trendsetter

Hanseatische Innenbehörde verbietet "Hamburger Sturm"

"Hamburg ist keine Hochburg des Rechtsextremismus", erklärte am 11. August Hamburgs Innensenator Hartmuth Wrocklage und verkündete zugleich das Verbot des "Hamburger Sturm". Der "Hamburger Sturm" verherrliche den Nationalsozialismus, verbreite rassistische Inhalte und weise eine kämpferische Haltung gegen die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf, begründet die Behörde für Inneres die Entscheidung. Erstmals haben deutsche Sicherheitsbehörden damit eine vermeintlich lose Kameradschaft aus dem militanten Neonazi-Netzwerk der "Freien Nationalisten" verboten.

Gegen sieben Uhr standen die Polizeibeamte vor Torben Klebes Wohnung und übergaben dem 23-Jährigen Neonazi die Verbotsverfügung. Zeitgleich überreichten Beamte drei weiteren Anführern des "Hamburger Sturms" (Jan Steffen Holthusen, Thorsten Bärthel und Andreas Heine) die Verfügung. In Klebes Wohnung stellte die Polizei zudem umfangreiches Beweismaterial sicher und beschlagnahmte Plakate zur aktuellen Rudolf-Hess-Kampagne.

Nach den Verboten der "Nationalen Liste" (NL) und der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) 1995 hatten die Hamburger NL-Vorsitzenden Thomas Wulff und Christian Worch, zusammen mit dem niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden Thorsten Heise das Organisationsmodell der "Kameradschaften" entwickelt. Das Ziel war die Vermeidung von Vereins- und Parteienverboten. "Mit diesem Verbot haben wir Neuland betreten", hob dann auch der Innensenator auf der Pressekonferenz hervor. Auch wenn der "Hamburger Sturm" eine Publikation sei, so wäre sie zugleich auch eine Gesinnungsgemeinschaft und erfülle die Voraussetzungen für eine Vereinigung im Sinne des Vereinsrecht, erläuterte Wrocklage. Denn die "Erstellung einer Publikation ist ohne die Unterordnung der Beteiligten unter einen Gesamtwillen nicht denkbar". Zudem beschränke sich die Tätigkeit nicht nur auf die Erstellung, sondern die "Vereinigung tritt auch unter dem Namen ‚Hamburger Sturm 18' in der Öffentlichkeit auf". "Aber stellen sie sich solch ein Verbot nicht so einfach vor", lobte der Innensenator die Leistung seiner Behörde: "Nach gut drei Monaten intensiver Arbeit mit Aufklärung, Auswertung von Material und rechtlicher Prüfungen konnten wir die entsprechende Verfügung erstellen. Wir habe uns damit sehr schwer getan." Dabei ist weder die Faktenlage eine neue, noch sind es die Analysen.

„Blood & Honour"-Konzert nach dem Tostedter Aufmarsch - Mitten in Hamburg

1994 gaben Angehörige der später verbotenen NL erstmals das Magazin unter dem Namen "Bramfelder Sturm" heraus, das Klebe und Bärthel 1996 in "Hamburger Sturm" umbenannten. Sechs Jahre lang erschien das Magazin unregelmäßig in einer Auflage von mehreren hundert Exemplaren und war auch online über das Internet verfügbar. Der Grund für die Namensänderung seinerzeit: Die "Stimme der Nationalen Jugend" fand mit ihrer Ausrichtung zwischen Neonazi-Fanzine und Propagandablatt schnell bundesweite Beachtung in der militanten Neonazi-Szene. Neben Konzertberichten, Plattenempfehlungen und Berichten über Aktionen des "Nationalen Widerstands", fanden sich Interviews mit alten und jungen Neonazis. Regelmäßig gaben die Macher des Magazins Daten von linken Zentren und Personen bekannt und hetzten gegen "Multi-Kulti-Fußballer". Sie schwärmten für Gotcha als "Wehrertüchtigung", ließen den Polizistenmörder Kay Diesner aus der Haft berichten und die "braunen Zellen" für den bewaffneten Kampf werben: "Wir sind im Krieg mit diesem System und da gehen nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf", meinten die Gesprächspartner des "Hamburger Sturm" 1999 und führten aus, welche Voraussetzungen "Mann" für den Kampf mitbringen solle.



Verwirrung bei den Nazis, rechts Torben Klebe aus Hamburg

Von einer "Werbung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" wollte damals Hamburgs Verfassungsschutzpräsident Reinhard Wagner nicht sprechen. Juristische Konsequenzen folgten ebenfalls nicht.

Seit 1999 trat der "Sturm" öffentlich als Kameradschaft "Hamburger Sturm 18" bei Neonazi-Aufmärschen auf, deren harter Kern etwa 20 Personen umfasste. Die "18" ist dabei ein Code für die Initialen Adolf Hitlers. Die Anführer des "Sturm" sind eng mit dem "Aktionsbündnis Norddeutschland" um Wulff und Worch verbunden. Klebe, verurteilt wegen des Vertriebs indizierter CDs, sorgt sich zusätzlich um das internationale "Blood & Honour"-Netzwerk in Deutschland und Holthusen, vorbestraft wegen Körperverletzung, kümmerte sich außerdem um den Neumünsteraner "Club 88".

Mit dem Verbot beweise Hamburg einmal mehr, "offensiv die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu führen", betonte Wrocklage ständig. Hamburg sei ein "Streichelzoo für Neonazis", kommentierte hingegen Lutz Jobs von der Bürgerschaftsgruppe Regenbogen die Appeasement-Politik der Hamburger Behörden. Derartige Diffamierungen will Wrocklage allerdings nicht gelten lassen. Noch bevor bundesweit die Debatte um die Auseinandersetzung mit den Neonazis begann, war der rot-grüne Hamburger Senat wegen der wiederholten Genehmigung von Neonazi-Aufmärschen und Veranstaltungen in die öffentliche Kritik geraten - zuletzt nach dem 5. August. Mitten in der Hansestadt hatte Klebe an diesem Samstag in einer Diskothek ein "Blood & Honour"-Konzert mit "Noie Werte" und "Legion of St. George" veranstaltet. Über 400 Neonazis waren zu der angeblichen "Verlobungsfeier" gekommen. Die Polizei schritt nicht ein.

Seit Wochen forderten Gewerkschaften und Initiativen, dass Ortwin Runde, Hartmuth Wrocklage und Christa Sager nicht nur von der Bevölkerung "Zivilcourage" einfordern sollten, sondern selbst als Senat handeln müssten. Regenbogen, VVN - Bund der Antifaschisten und die IG Metall begrüßten das Verbot als "längst überfälligen Schritt". Sie wiesen jedoch ergänzend darauf hin, dass Verbote allein nicht ausreichen würden, um den erstarkenden Neonazismus zu bekämpfen.

Mit dem Verbot verliert die militante Neonazi-Szene ein wichtiges publizistisches Bindeglied zwischen Skinheads und Freien Nationalisten. Allerdings stehen schon andere Kameradschaften aus dem Umfeld des "Aktionsbündnis Norddeutschland" bereit, um die betroffenen Kameraden aufzunehmen und deren informelles Netzwerk weiter aufrecht zu erhalten. "Der Nationale Widerstand lässt sich nicht brechen", verkündete das "Aktionsbüro". Wrocklage versicherte hingegen, das kein Grund zur Sorge bestehe. Man habe die "Gruppe um Worch und Wulff" im Griff, weshalb in dieser Angelegenheit auch kein Verbot angestrebt werde. Inwieweit der rot-grüne Antifaschismus dem Zeitgeist geschuldet sein könnte, dürfte die kommende Senatspolitik offenbaren. Wird gar die Abschiebepraxis aufgehoben? Und die Law-and-order-Politik beendet? Oder ist es mit dem Antifaschismus vorbei, wenn der Imageschaden des Wirtschaftsstandort für die "offene Hafenstadt" behoben ist?



NPD-Landessprecher Matthias Paul (li. vorn) und Mitgründer der „Skinheads Sächsische Schweiz" Thomas Sattelberg (dahinter mit Basecap)

NPD und Rechtsterrorismus am Beispiel der „Skinheads Sächsische Schweiz"

Am frühen Morgen des 24. Juni 2000 fand im Elbsandsteingebirge eine Razzia gegen die "Skinhead Sächsische Schweiz" (SSS) statt. Die über 200 eingesetzten Polizisten fanden bei der Durchsuchung von 51 Wohnungen neben zahlreichem Propagandamaterial, über zwei Kilo TNT, Sprenggranaten, scharfe Zündvorrichtungen, verschiedenste Patronen und Feuerwaffen, moderne Gewehre und Pistolen. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die SSS wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB).

Entwicklung der SSS

Gegründet wurden die „Skinheads Sächsische Schweiz" 1997 u. a. von dem ehemaligen Mitglied der „Wiking Jugend", Thomas Sattelberg, maßgeblich unterstützt durch die örtliche NPD. Die SSS entstand laut einer Anfrage an das Landratsamt Sächsische Schweiz auf Initiative des NPD-Kreisgeschäftsführers Uwe Leichsenring und es wundert nicht, dass er selbst auch Mitglied ist. Für die Unterstützung und Aufbauhilfe seitens der NPD zeigte sich die SSS in der Form erkenntlich, dass sie den Schutz von NPD-Veranstaltungen übernahm und Wahlkampfarbeiten ausführte. Leichsenring wiederum bedankte sich nach der letzten Bundestagswahl schriftlich bei „den Kameraden der SSS und der SSS/AO für die hervorragende Absicherung unserer Veranstaltungen und Infotische." Es gelang ihm, mit dieser Unterstützung über Jahre die militantere Linie der freien Kameradschaften mit dem „Schmusekurs" der NPD zu vereinen.

Aufbau und Struktur

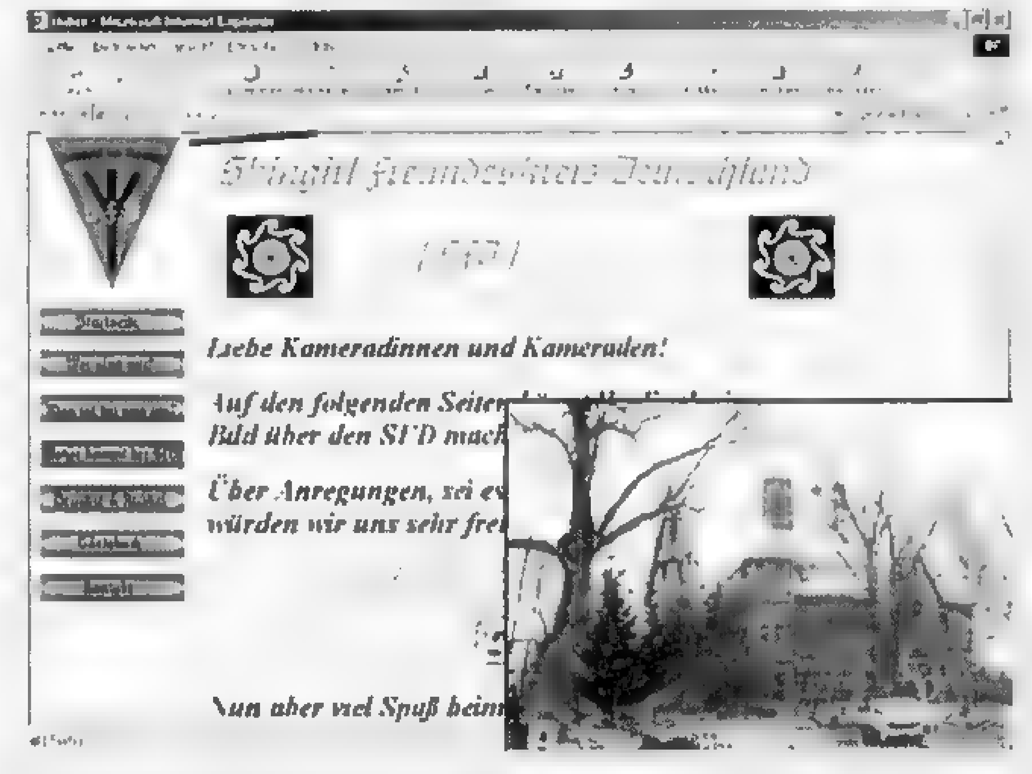
Die inzwischen auf über 100 Nazis angewachsene Kameradschaft teilt sich zur besseren Strukturierung in fünf lokale Riegen auf. Zur altersmäßigen Abgrenzung müssen die jüngeren Kameraden erst in die SSS/AO (Aufbauorganisation), wo sie ein halbes Jahr Bewährungszeit durchlaufen. Ebenfalls werden zur finanziellen Absicherung Mitgliedsbeiträge von 5 Mark (SSS) und 2,50 Mark (SSS/AO) monatlich erhoben. Zur Anwerbung neuer Mitglieder gibt die SSS eine eigene Zeitschrift „Froindschaft" und eine stark antisemitisch ausgerichtete Schülerzeitung „Parole" heraus. Den Kern der Kameradschaft stellen knapp 20 Nazis, die u. a. in den Posten des Kassierers, Riegenführers, Verantwortlichen für die HNG, Presseverantwortlichen, Wehrsportbeauftragen, Fahrtenbeauftragten und Kommunikationsbeauftragten tätig sind.

Ihre Hauptaufgabe sieht die SSS laut LKA-Sprecher Lothar Hofner vorrangig darin Menschen anderer Hautfarbe, anderer Länder, Linke und Andersdenkende mit äußerster Gewalt zu bekämpfen. Es kam in den letzten Jahren zu unzähligen Übergriffen seitens der Kameraden. Veranstaltungen von nicht rechten Jugendlichen wurden regelmäßig und organisiert überfallen. So verbrannten sie im Vorgarten eines Jugendlichen ein hölzernes Kreuz, verfassten Drohbriefe und griffen ein türkisches Restaurant an. Außerdem leistet die SSS aktive Anti-Antifa-Arbeit. Bei den Überfällen handelt es sich meist um straff organisierte Aktionen. Sie dienen der Einschüchterung und Vertreibung ihrer „Feinde". Die Kameradschaft ist als militante rechte Organisation einzuschätzen. Die jetzigen Waffenfunde sind daher nicht überraschend. Bereits vor dem Verbot der „Wiking Jugend" (1994) experimentierten einzelne ihrer sächsischen Mitglieder mit Sprengstoff. Im März 1993 explodierten in der Nähe von Königstein einige Sprengkörper, die von WJ-Mitgliedern zur Detonation gebracht wurden. In diesem Zusammenhang fiel auch der Name Sattelberg. Schon seit längerer Zeit legt die SSS einen Hauptschwerpunkt auf den Waffenhandel und die militärische Ausbildung. Vor allen alte Truppenübungsplätze und abgelegene Waldgebiete in der Sächsischen Schweiz um Struppen und Reinhardtsdorf dienen als Austragungsorte für die Wehrsportübungen. In Deutschland werden die „Skinheads Sächsische Schweiz" an Handfeuerwaffen ausgebildet und in Tschechien auch an schwereren Geräten. Die Ermittler fanden im Zuge der Razzia ebenso den Plan für eine „Operation Alpha", in dem eine Menschenjagd in einem alten Fabrikgelände organisiert wurde. Zum eigenen Vergnügen organisieren sie „Sportfeste" mit Disziplinen wie Baumstammschleppen und Axtweitwurf, Saufforgien, Sonnenwendfeiern und Wikingerlager.

Karl Chemnitz

Nazi-Grillfest in Amholz

Am 1. Juli veranstaltete der „Skingirl Freundeskreis Deutschland" (SFD) gemeinsam mit den „Hammerskins Nordmark" ein Grillfest im Nazizentrum in Amholz (Mecklenburg-Vorpommern). An der Veranstaltung nahmen ungefähr 60 Personen teil. Seit dem



Internetseite des „Skingirl Freundeskreises"

Kauf des Anwesens in Amholz durch die Nazikader Thomas Wulff und Michael Grewe im letzten Jahr wird dort renoviert: Das Dach war am 1. Juli immer noch nicht gedeckt und ist seit Monaten mit einer Plane abgedeckt.

Bombenleger verurteilt

David Copeland, der im April letzten Jahres wegen der Verübung von drei Bombenanschlägen in London angeklagt wurde, ist von einem Londoner Gericht zu sechsfacher lebenslanger Haftstrafe verurteilt worden. Der 24-Jährige hatte Nagelbomben in den von vielen MigrantInnen bewohnten Stadtteilen Brixton und Bricklane und in einer von Homosexuellen besuchten Bar in Soho explodieren lassen, die insgesamt drei Menschen töteten und 140 weitere Personen verletzten. Copeland erklärte, mit den Anschlägen ein politisches Ziel verfolgt zu haben und einen "Rassenkrieg" verursacht haben zu wollen.

Diskothek in Auschwitz

In unmittelbarer Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz soll eine Diskothek eröffnet werden. Adam Bilski, der Chef der Kommune Oswiecim erteilte Ende August diesen Jahres die Baugenehmigung. Die Diskothek soll in einer ehemaligen Gerberei errichtet werden, in der während des 2. Weltkriegs Häftlinge den Besitz ermordeter Juden nach „Verwertbarem" sortieren mussten.

Jos Anders

Unerwünschte Zivilcourage?

Widerstand gegen Neonazi-Aufmärsche in Hamburg

„Es wurde schlampig gearbeitet". Kurz, aber deutlich erklärte so ein Sprecher des Bundesverfassungsgerichts die Aufhebung des Demonstrationsverbot für die Freien Nationalisten am 20. August in Hamburg. Die hanseatische Behörde des Inneren hatte den von Christian Worch und Thomas Wulff angemeldeten Aufmarsch unter dem Motto „Gegen die Lüge und Hetze der Bildzeitung - Enteignet Springer" verboten.

Das Oberste Gericht hob allerdings die in den ersten Instanzen bestätigten Verbote mit der ausführlichen Begründung auf, dass in der Verbotsverfügung der direkte Bezug zu Hamburg sträflich vernachlässigt worden sei. Unter Auflagen marschierten dann am Sonntag etwa 120 Neonazis vor dem Springer-Hochhaus auf. Anlass für die Versammlung der „üblichen Verdächtigten" aus dem Umfeld des „Norddeutschen Aktionsbüros" war ein Beitrag des Blattes, in dem erstmals Worch und Wulff den Bild-LeserInnen als „Drahtzieher" des Neonazismus dargestellt wurden.

Nach der „Kampfhundhysterie", verkündete Wulff in seiner Rede vor den Kameraden, sei nun in den Medien die „Anti-Nazikampagne" angelaufen. Auch Dieter Kern vom „Bündnis Rechts Lübeck" stellte sich als Opfer dar, als der Gastredner von seinen beruflichen Sorgen erzählte. Worch knüpfte nicht nur mit dem Motto an die alte SDS-Losung an, er vereinnahmte auch gleich Rudi Dutschke. Dieser sei „Nationalrevolutionär" gewesen und wie er ein Opfer der Springer-Presse, so Worch.

Nur der massive Schutz der 2000 Polizeibeamten verhinderte, dass die rund 1000 GegendemonstrantInnen den Nazi-Aufmarsch in der Innenstadt nicht beendeten. Mit Hilfe von Schlagstöcken verhinderten Beamte das Durchbrechen einer Sperrung. Am 8. Juli diesen Jahres war das anders.

Zwar marschierte damals die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) im Stadtteil Altona auf. Doch trotz massiven Polizeischutzes verhinderten über 1000 GegendemonstrantInnen, dass der Nazi-Aufmarsch durchgesetzt werden konnte. Die zirka 150 Neonazis mussten ihren Aufmarsch „Gegen Anarcho-Banden und gewalttätige Links-Faschisten" abbrechen. Angeführt von dem Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Ulrich Harder und Christian Worch trafen die Neonazis am Altonaer Rathaus ein. Kaum waren jedoch die NPD-Fahnen und Transparente der Freien Nationalisten entrollt, musste die Polizei einen Schutzring um die Teilnehmer ziehen. Obwohl 2300 Beamte den Versammlungsort weiträumig abgesperrt hatten und gegen GegendemonstrantInnen äußerst rabiat vorgingen, schafften es 400 Nazi-GegnerInnen zu den Nazis vorzudringen. „Wir lassen uns aus Altona nicht vertreiben", drohte Harder und wetterte gegen die „linken Lumpen", die am 1. Juli ihre Kameraden in einem „Mord- und Vernichtungsrausch" angegriffen hätten.





Wird künftig bei Aufmärschen nicht mehr zu sehen sein

Zur besten Geschäftszeit hatte die NPD an diesem Tag einen Info-Stand in der Einkaufsstraße des Stadtteils angemeldet. Aber über 150 spontan zusammenkommende GegendemonstrantInnen, EinkäuferInnen, SpaziergängerInnen, ImmigratInnen und autonome AntifaschistInnen vertrieben die 15 NPDler. Der Infostand wurde zerstört, der NPD-Bus stark beschädigt, die Materialien verbrannt und einige Neonazis leicht verletzt.

Die am 8. Juli extra angereiste NPD-Prominenz, Bundesvorsitzender Udo Voigt und Bundesvorstandsmitglied Per Lennart Aae, gingen auch auf den Anlass des Aufmarsches ein und verkündeten „Wir sind wieder da". Und: „Wir werden auch weiterhin die Hamburger über die Macht der Unterwelt" informieren. Worch, den Harder als Chef der Freien Nationalisten vorstellte, beklagte das „Zusammenspiel von Links-Faschisten und politischen Machthabern" in der Stadt und forderte ihr „Recht auf die Straße".

Dies hatte die Polizei schon früher durchgesetzt. Eine Spontandemonstration, die sich auf dem Weg zu der von der „Bürgerschaftsgruppe Regenbogen", den Jungsozialisten und der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" angemeldeten Gegenkundgebung befand, setzten die Beamten fest. Unter Einsatz von Schlagstöcken kesselten sie 80 Personen ein und nahmen sie in Gewahrsam.

Als die Neonazis später Richtung Fischmarkt losmarschieren wollten, musste die Einsatzleitung der Polizei sich erneut entscheiden. Eiligst beriet man die Lage. Das Ergebnis: Einsatz von Wasserwerfern. Ohne Erfolg, die 400 Menschen wichen nicht und stellten sich immer wieder den Beamten entgegen.

„Es war eine schwierige Lage", erklärte Polizeisprecher Reinhard Fallack, weil der ganze Stadtteil gegen die Demo gewesen sei. Per Auflage wies deshalb die Einsatzleitung Harder als Anmelder einen Weg direkt zur nächsten S-Bahn zu. Doch auch hier musste die Straßen mit Gewalt geräumt werden. Obst und Steine flogen beim Betreten des S-Bahnhofs, wo ein Zug für die Neonazis bereitgestellt worden war.

Auch am 20. August stellte die Einsatzleitung den Neonazis einen U-Bahnzug bereit, um sie in „sicherem Gebiet" aussteigen zu lassen. „Die Polizei war zum wiederholten Male in diesem Jahr in der schwierigen Situation, das hohe Gut der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit für eine Gruppe durchzusetzen", betonte ebenso zum wiederholten Male Senator Wrocklage. Mit geübter Gelassenheit überspielte er die juristische Niederlage und ließ unerwähnt, dass der rot-grüne Senat sich 1999 selbst einen Präzedenzfall schuf. Mit über 6000 Polizeibeamten setzte damals der Senat im Stadtteil Bergedorf den ersten Neonazi-Aufmarsch seit Jahrzehnten in der Elbmetropole durch. Zur Einschränkung der demokratischen Grundrechte bei den Gegenaktionen verloren führende Sozialdemokraten kein Wort. Diese fanden sie allerdings in den letzten Wochen wieder. Medienwirksam forderten Hamburgs Erster Bürgermeister Ortwin Runde und seine Stellvertreterin Krista Sager zur „Zivilcourage" auf.

Jos Anders

Cliquen, Klüngel und Karrieren

Aus "Gründen des Staatswohles" antwortete 1996 der Hamburger Senat nicht auf eine Anfrage der GAL zu rechtsextremen Verbindungen der Hanseatischen Burschenschaften. Ebenso bedeckt hält sich das "Landesamt für Verfassungsschutz" (LfV). Zwar hat das LfV schon 1993 einen vertraulichen Informationsbericht verfasst, in dem festgestellt wurde, dass "rund 40 Angehörige von Burschenschaften namentlich bekannt (sind), über die rechtsextremistische Erkenntnisse vorliegen". Doch der Bericht liegt selbst Bürgerschaftsabgeordneten bis heute nicht vor.

Auch ohne die Antwort des Senats und die Erkenntnisse der Behörde stellen die AutorInnen von " ... und er muss deutsch sein ..." die Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg dar. Dabei konzentrieren sie sich auf die historischen und aktuellen Verflechtungen zur extremen Rechten.

Auf der Basis einer detaillierten Auswertung von Quellen des Hamburger Staatsarchivs zeichnen Ines Meyer, Lasse Koch und Robert Kocher eine Kontinuitätslinie völkisch-nationalistischer Mentalitäten vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Dritten Reich nach, die nicht ohne politische Konsequenzen blieben: Füxe, Burschen und Alte Herren unterstützten völkische Gruppen und Freikorps und bauten den "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund" auf.

Den antidemokratischen und antiegalitären Konsens der Verbindungen sehen Ines Meyer, Diana Auth und Alexandra Kurth in den studentischen Bräuchen und dem männerbündischen Prinzip begründet: soldatisch-martialische Sitten und elitärer Protektionismus. Allerdings verbleibt Ines Meyer bei der Beschreibung der studentischen Bräuche, ohne auf deren gruppendynamische und politische Funktionen einzugehen. Der tatsächliche Gehalt der Bräuche geht dadurch verloren, so dass man über die primitiven Rituale der vermeintlich geistigen Elite eher nur schmunzelt. Auch Diana Auth und Alexandra Kurth stellen überwiegend nur die Geschichte des korporierten Männerbunds dar und arbeiten kaum dessen ideologische Substanz heraus. Dafür betrachten sie die Damenverbindungen und hinterfragen deren Intention.

Noch nie sei der burschenschaftliche Konsens grundsätzlich hinterfragt worden, betont Anke Beyer und beschreibt, wie Alte Herren - trotz Verbot durch die Alliierten - 1946 ihre Traditionen illegal weiter pflegten und bereits 1950 Verbindungen wieder legal auftraten. Auch das Vergessen und Rechtfertigen der deutschen Geschichte gehört bis heute zum Fundament der Verbindungen. Johann Knigge und Felix Krebs zeigen unter anderem im Allgemeinen anhand der "Deutschen Burschenschaft" und im Besonderen bei der "Burschenschaft Germania Hamburg", dass es von einem konservativ-reaktionären Konsens nicht weit ist zu einer faschistoiden Politik. Manche Verbindungen fordern die Grenzen von 1937, einige Burschen führten Wehrsportübungen durch. Zusammen mit Alten und Neuen Rechten von der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) bis zur "Jungen Freiheit" kämpfen sie für "Ehre, Freiheit, Vaterland". Exemplarisch stellt Felix Krebs ferner die brauen Karrieren von Emil Schlee und Paul Karl Schmidt alias Paul Carell dar.

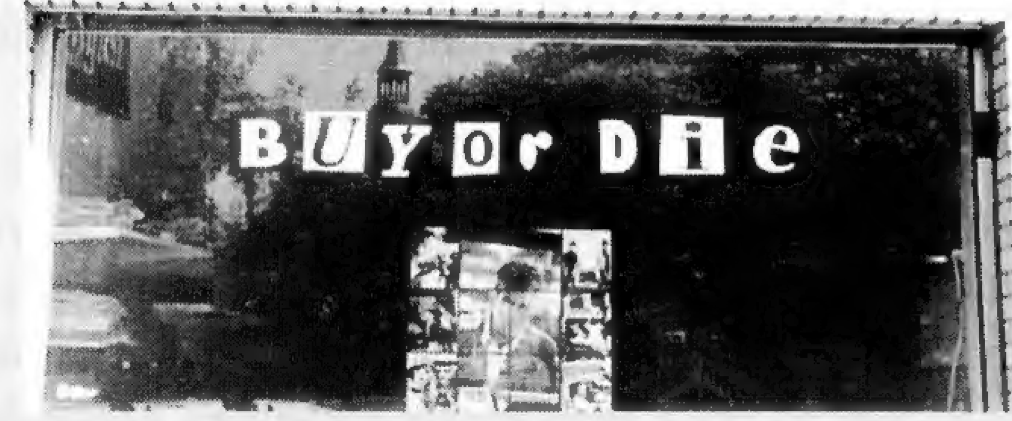
Die akribische Zusammenstellung von Hamburger Persönlichkeiten ("Alten Herren") ergibt ein "Who is Who?" der hanseatischen High Society, in der sich verschiedene Landgerichtsdirektoren, Professoren, Chefärzte, Oberregierungsräte und Bundeswehrgeneräle wiederfinden. Das ungebrochene Schweigen des Hamburger Senats und die beschönigende Einschätzung des LfV ließe sich daraus durchaus erklären. Für Nicht-HamburgerInnen dürften die Ausführungen zu den studentischen Verbindungen im Allgemeinen und dessen bundesweiten Vernetzungen im Besonderen interessant sein.

Anke Beyer / Johann Knigge / Lasse Koch / Robert Kocher / Felix Krebs / Ines Meyer u.a.: " ... und er muss deutsch sein ... " Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg, Hamburg: VSA-Verlag 2000, 227 Seiten, 34,80 Mark.

Umbenennung

Der Nazi-Skinhead Laden „Buy or Die" in Lüneburg hat den Besitzer und den Namen





Neuer Inhaber, neuer Name - gleiches Publikum

gewechselt. Wer die Nachfolge von Christian Sternberg antritt ist noch nicht klar, jedenfalls heißt „Buy or Die" seit Anfang August „Temple of Football".Was sich nicht verändert hat, ist das Nazi-Skinhead Publikum.

"Recht und Justiz" nur noch unregelmäßig

Das Mitteilungsblatt "Recht und Justiz" des rechtsextremen "Deutschen Rechtsschutzkreis e. V." (DRsK) wird nach Eigenangaben aus Kostengründen nur noch unregelmäßig erscheinen. "Aktuelle Vorgänge" würden in der Zeitschrift "Unabhängige Nachrichten" (UN) publiziert. Der 1979 von Mitgliedern des Freundeskreises der UN gegründete DRsK engagiert sich in der juristischen Unterstützung von Rechtsradikalen und Neonazis. Im September 1999 wurde bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth durch den DRsK Anzeige gegen zwei Juden gestellt, die versucht haben sollen, sich an ihren früheren NS-Peinigern zu rächen. Gegen die Einstellung des Verfahrens hat der DRsK Beschwerde eingelegt und im Juni diesen Jahres eine Ausgabe von "Recht und Justiz" über die "jüdische Rächergruppe" Nakam veröffentlicht.

Rechte Konten

Ohne Bankkonten würde der Zahlungsverkehr der Nazis zusammenbrechen und ihre Arbeit wäre gefährdet. Einige Banken kündigten in Folge der jüngsten rechten Übergriffe nun die Konten von rechten Organisationen. Es gibt aber auch andere Beispiele. Nach Recherchen des Fernsehmagazins „Report" von Ende August haben folgende Banken keine Berührungsängste mit Neofaschististen: Volksbank Riesa eG, Postbank Hamburg, Postbank Hannover, Stadtsparkasse Dresden, Kreissparkasse Löbau-Zittau, Sparkasse Vorpommern, Volksbank Letmathe.

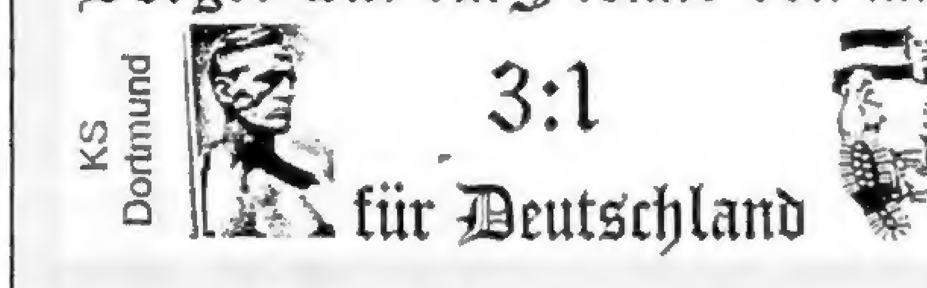


Pape will neue Partei gründen

Der Stuttgarter Altnazi Martin Pape (72) will eine neue Partei gründen. Pape sucht nun „echte Patrioten, die Deutschland in eine gute Zukunft führen wollen". Einen Namen habe die Partei bisher noch nicht, sie werde aber „die echte Mitte" vertreten. Die erste Partei, der Pape angehörte, war die NSDAP, deren Mitgliedschaft er sich nach Eigenangaben nicht schäme. Im Jahre 1979 gehörte Pape zu den Gründern der 1995 verbotenen neonazistischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP).Von 1979 bis 1983 amtierte er als deren Bundesvorsitzender. Zuletzt trat Pape erfolglos als Spitzenkandidat der "Bürgernahen Patrioten" zu den Kommunalwahlen 1999 in Stuttgart an.

Nazis für Polizistenmörder

Den dreifachen Polizistenmörder Michael Berger feiert die „Kameradschaft Dortmund" mit diesem im Ruhrgebiet verbrei-



teten Aufkleber, der auch bei Demonstrationen als Flugblatt verteilt wurde.

"Grabert-Verlag" wirbt in Historikertagsprogramm

Der rechtsradikale "Grabert-Verlag" wirbt mit einer ganzseitigen Anzeige im Programmheft des diesjährigen 43. Deutschen Historikertags. Dieser ist der wichtigste Geschichtskongress in der BRD. Der Historikertag wird im September in Aachen durch den Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands ausgerichtet. Dessen Vorsitzender, Professor Johannes Fried, spricht von einer "maßlos peinlichen Angelegenheit". Der Verband bedauere die Sache zutiefst und distanziere sich mit allem Nachdruck vom rechtsextremen Programm des Verlages. Dies sei aber "aus der Anzeige nicht klar hervorgegangen", heißt es in der offiziellen Stellungnahme. Durch eine "technische Panne" sei die "Grabert"-Anzeige ins Programmheft geraten. Der "Grabert-Verlag" ist einer der größten rechtsextremen Verlage im revisionistischen Bereich. Gegen ihn sind mehrere Anzeigen und Verurteilungen wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ergangen. Die Einnahmen aus der "Grabert"-Anzeige im Programmheft sollen nun zur "Wiedergutmachung" an den Verein für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit weitergegeben werden. Dieser könne das Geld für das Andenken der Opfer des Nationalsozialismus verwenden. Außerdem solle das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin künftig alle Verlage überprüfen, die Werbeanzeigen veröffentlichen wollen.

Andreas Speit

Politik als Schicksal

Nicht die aktuelle „Neue Rechte", sondern die historischen Ideologeme von Karlheinz Weißmann oder Botho Strauß betrachten Kurt Lenk, Günter Meuter und Henrique Ricardo Otten in die „Vordenker der Neuen Rechten". Die bereits 1997 erschienene Publikation ist aber mehr als „nur" eine gelungene Einführung.

Die Autoren betonen, dass Carl Schmitts Kopplung von Politik und existenzieller kollektiver Feindschaft, Ernst Jüngers Beschwörung der elementaren Gewalt des Krieges und Oswald Spenglers Verherrlichung des schicksalhaften Lebens wieder en vogue seien. Einer neuen Generation von rechten Intellektuellen dienen sie als Kronzeugen für eine Positionierung rechts der etablierten Politik.

Die Autoren entschlüsseln die „neurechte" Mentalität, in dem sie zentrale Motive wie Dekadenz, Heroismus, Mythos, Herrschaft, Gewalt und Tod beispielhaft anhand von sechs Vordenkern (Georges Sorel, Oswald Spengler, Hans Freyer, Carl Schmitt, Martin Heidegger und Ernst Jünger) darstellen.

Akribisch zeichnen sie Sorels Wandlung vom Marxisten, Revisionisten, Nationalisten zum Vordenker des Faschismus nach, heben aber hervor, dass er die bürgerliche Gesellschaft immer als „dekadent" verstand und deren Niedergang herbeisehnte. Hoffte er einst auf das Proletariat, glaubte er später an das Volk. Sorels Gewaltverständnis und Vorstellung von politischen Mythen stellen sie in ihren Verschränkungen dar.

Spenglers Mischung aus Kulturpessimismus und machtpolitischer Zuversicht kennzeichnete sein Denken, betonen die Autoren. Sein gesamtes Werk sei auf die Antithese Leben contra Geist aufgebaut. Wie wenig Spenglers „preußischer Sozialismus" mit sozialistischen oder gar emanzipatorischen Überlegungen zu tun hat, wird besonders hervorgehoben.

Anhand Hans Freyers Überlegungen zu Volk und Herrschaft legen sie dessen Überlegungen dar, in dem Demokratie entweder als Gefährdung der „naturgewollten ‚ewigen' Hierarchie" sei, oder von „vornherein pure Illusion". Erst mit der „Emanzipation der Naturkraft Volk" zum revolutionären Subjekt wäre eine „Revolution von rechts" möglich. Ausführlich zeigen sie anhand Freyers Spätschriften dessen inhumane Technikkritik auf.

Bei dem meistzitiertem Theoretiker der „Neuen Rechten", Carl Schmitt. fassen sie dessen Liberalismus- und Parlamentarismuskritik zusammen und arbeiten heraus, dass bei ihm Demokratie mit dem Mythos Volk verschmilzt. Demokratie bedeutet für Schmitt, dass „diejenigen herrschen, denen es gelingt, glaubhaft zu machen, das *ihr* Wille der Wille des Volks sei".

Heideggers Entwurf des „entschlosssenen Daseins" beschreiben die Autoren ausführlich. Nur wer offen sei für das „Geheimnis", wer noch erkenne, dass die technischen Gegenstände „nicht Absolutes" seien, könne den „verborgen Sinn" erfahren. Heideggers Wandel des Denkens von der Entschlossenheit des ins Nichts geworfenen Daseins hin zum Sein, das sich im andächtigen Dasein entbirgt, zeichnen sie nach und stellen dessen Auswirkungen vor.

Die Faszination der Gewalt des „Kultstars" Ernst Jüngers zeigen sie als Leitmotiv seines Denkens auf. Dabei erwähnen sie, dass sich der „Doyen der deutschen Literatur" nur vom Antisemitismus distanziert habe, da „der Jude kein satisfaktionsfähiger Gegner" sei.

Im Zentrum der Ausführungen taucht immer wieder die Betonung der rechten Mentalität als vereinendes Moment auf - eine notwendige Hervorhebung. Werden doch in der Ideengeschichtsschreibung oft die Unterschiede zwischen den extrem rechten Theoretikern betont; mit der Konsequenz, dass deren politische Verantwortlichkeit an Auschwitz verschwindet. Die Autoren beschränken sich auf die zentralen Ideologeme der Stichwortgeber der „Neuen Rechten". Verbunden mit einem breiten Quellenstudium entsteht so eine Dichte und Tiefe in der Argumentation, dessen Spiegelungen sie nicht nur bei den „Neuen Rechten" aufzeigen.

Kurt Lenk / Günter Meuter / Henrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt a. M./New York 1997, 179 Seiten, 24.90 Mark

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) 25,- DM (Ausland)
DER RECHTE RAND
Postfach 1324, 30013 Hannover
Postgiro Hannover, 44 55 86 - 301,
BLZ 250 100 30

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name ....

Anschrift ....

Unterschrift ....

Ich habe
❑ 20,-DM (Inland)
❑ 25,-DM (Ausland) überwiesen.
❑ 20,-DM (Inland)
❑ 25,-DM (Ausland) Scheck liegt bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift ....

Christian Dornbusch

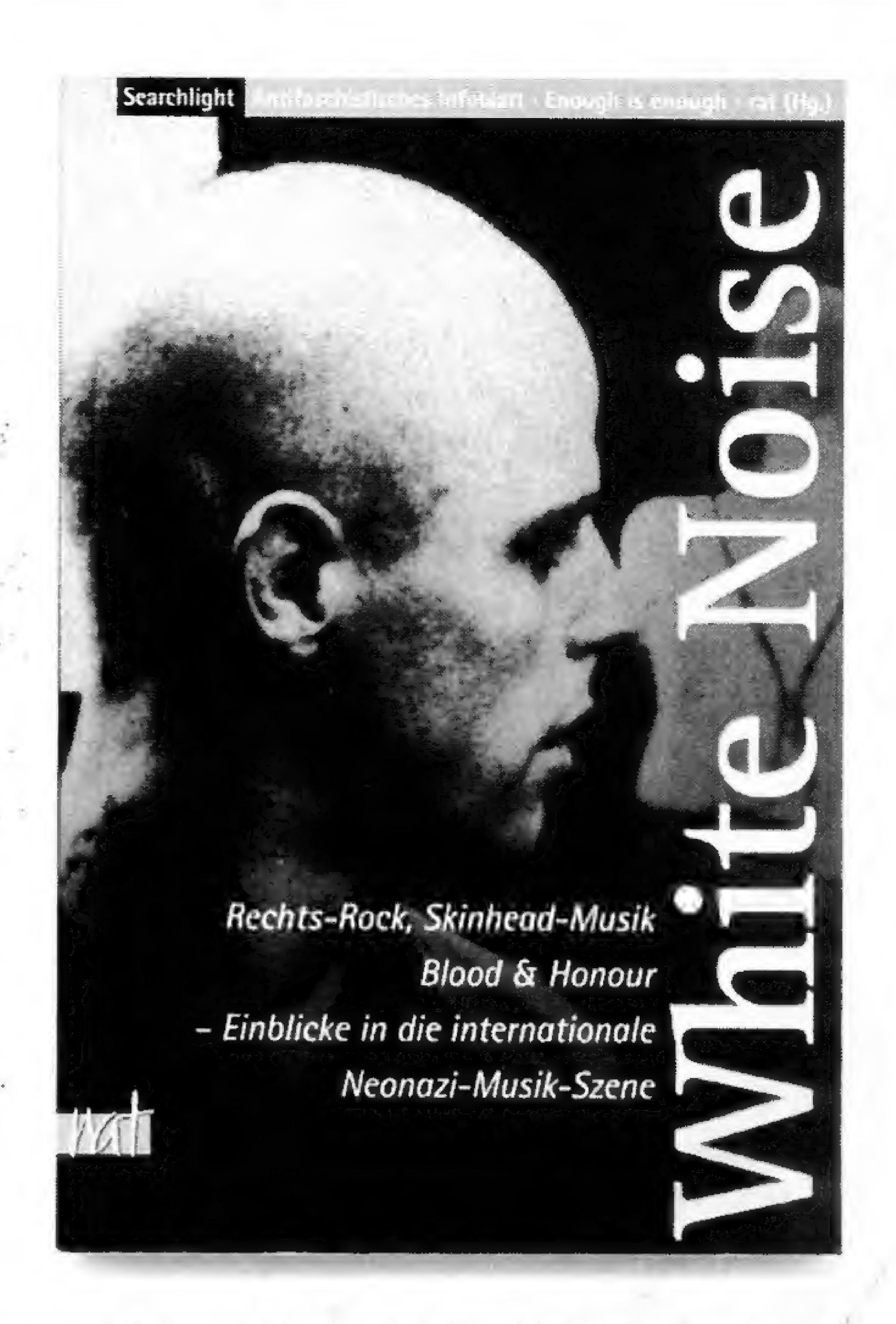
White Noise

White Noise, im Deutschen häufig als Rechts-Rock bezeichnet, ist jene rassistische, antisemitische und neonazistische Musik, die längst nicht mehr nur rechte Skinheads begeistert, sondern die mittlerweile für viele Jugendliche und Jung-Erwachsene zum musikalischen Stammrepertoire gehört: Über 1,5 Millionen CDs fanden ihren Weg zu den Fans.

Das von verschiedenen antifaschistischen Zeitungen und Projekten veröffentlichte Buch ist eine erweiterte und teilweise aktualisierte Übersetzung des 1998 in Großbritannien von der antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight" herausgegebenen Sammelbandes. Eingangs wird die Entwicklung der Skinhead-Szene in Großbritannien nachgezeichnet, dem „Mutterland" der Szene. Dort wurde 1987 auch „Blood & Honour" als eine „Unabhängige Stimme des Rock gegen Kommunismus" von Ian Stuart (Sänger der Band „Skrewdriver") gegründet. In einem separaten Beitrag wird die Genese dieses kulturellen Netzwerkes nachgezeichnet und in weiteren Ausführungen die Entwicklung zur Terrororganisation unter der Ägide der Gruppierung „Combat 18" nach dem Tod von Stuart im Jahr 1993. Die Entwicklung und das heutige Erscheinungsbild der Rechts-Rock-Szene in Deutschland stellt Michael Weiss vor. Hier wie auch in den Beiträgen über Schweden wird den mittlerweile gut ausgebauten Strukturen des „Blood & Honour"-Netzwerkes eine besondere Bedeutung für die Organisierung der extrem rechten Skinhead-Szene beigemessen. Ergänzt werden die Betrachtungen verschiedener Länder mit einem wichtigen Beitrag über die Entwicklung der Szene in Polen, die zu einer der aktivsten in Osteuropa zählt, sowie mit einem Essay über die Situation in den USA. Die international verwobene Szene wird von Stefan Jacoby in seinen Ausführungen über die zunehmende Bedeutung des Internets hervorgehoben. Rassistische und antisemitische Propaganda ist dadurch allen Verbotsdebatten zum Trotz immer und überall verfügbar.

Abgerundet wird der Band mit den Schlussfolgerungen von Nick Lowles und Steve Silver von „Searchlight", denen sich die deutschen Herausgeber anschlossen: „Der rassistischen Musik der Saft abdrehen". „Turn it down" ist der Name einer von „Searchlight" initiierten Kampagne, die bisher gute Erfolge erzielen konnte. In Großbritannien und Schweden konnten der Verbreitung der rassistischen Hetze in Notenform durch die Industrie einige empfindliche Niederlagen zugefügt werden.

„White Noise" zeichnet sich durch die internationalen Darstellungen aus, die einen Vergleich über die länderspezifische Genese ermöglicht und die qualitative sowie quantitative Entwicklung der Szene in den letzten 20 Jahren verdeutlicht. Prägnant werden die neonazistischen Strukturen benannt, die als Drahtzieher versuchen die Rechts-Rock-Szene zu agitieren und damit neuen Nachwuchs zu rekrutieren. Einziges kleines Manko ist die fehlende Analyse der diffus ideologischen Basis der Szene, wie sie sich in Musiktexten und in den Magazinen (Fanzines) präsentiert.



Trotzdem: „White Noise" zeigt das hohe Niveau antifaschistischer Recherche und schlägt damit sonstige Bücher zur Thematik um Längen. „White Noise" - eine hundertprozentige Kaufempfehlung! Die zweite Auflage ist bereits im Handel.

Searchlight / Antifaschistisches Infoblatt / enough is enough /raf (Hg.): White Noise. Rechtsrock, Skinhead-Musik, Blood & Honour - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene, Hamburg / Münster 2000, 19,80 Mark.

Christian Christians

Neue Kritik an Waldorfschulen

Durch einen Beitrag des Fernsehmagazins „Report" wurden im Juli diesen Jahres erneut rassistische Fakten über die Waldorfschulen bekannt. Der Kern der Reportage: das Lehrbuch „Atlantis und die Rätsel der Eiszeit" von Ernst Uehli. Uehli (1875 bis 1959) war ein enger Mitarbeiter von Rudolf Steiner, dem Begründer der Anthroposophie und der Waldorfpädagogik. In seinem Buch entwirft der Autor eine „Rassenlehre" eng angelehnt an Steiners Vorstellungen. Darin wird zwischen verschiedenen „Rassen" unterschieden und ihnen jeweils ein unterschiedlicher „Entwicklungsstand" zugewiesen. Obwohl hierbei etwa der „schwarzen Rasse" ein kindliches Gemüt unterstellt wird, behauptet die Anthroposophie stets, dies sei nicht rassistisch. Somit wird die Einteilung der Menschen in nach ihrer vermeintlichen Hautfarbe klassifizierte Gruppen nicht als rassistisch verstanden.

Das Lehrbuch von Uehli wurde vom „Verband der Waldorfschulen" für den Geschichtsunterricht an Waldorfschulen empfohlen und fand augenscheinlich auch Verwendung. Mittlerweile wurde die Schrift jedoch von der Empfehlungsliste genommen. Wahrscheinlich um einer Indizierung des Bandes durch das Familienministerium vorzubeugen, vermuten Kritiker. Schulbücher spielen an den anthroposophischen Schulen im Unterricht nur eine untergeordnete Rolle. Der Unterricht ist zumeist eher auf die Lehrerin oder den Lehrer zugeschnitten. Diesen dienen die Lehrbücher zur Unterrichtsvorbereitung, während die Schülerinnen und Schüler sich nach deren Vorgaben eigene Schulbücher schreiben sollen. In den vergangenen Monaten gab es mehrfach Berichte in den Medien über rassistische und antisemitische Inhalte in solchen Heften. Besonders Berichte über Atlantis und die „arische Rasse" im Bereich des Geschichtsunterrichts wurden hier kolportiert. Derartige Themen sind auch Inhalt des Buches von Uehli.

Anlässlich eines älteren Berichtes des Magazins „Report" aus dem Februar diesen Jahres gab der bildungspolitische Sprecher der Waldorfschulen Berlin-Brandenburgs, Detlef Hardorp eine Stellungnahme ab: Den Ausdruck der „arischen Rasse" empfand er nur als nicht zeitgemäß; er solle durch „indoeuropäische Kultur" ersetzt werden. Der Vorwurf, im Geschichtsunterricht würde von „Rassen" gesprochen, scheint dem Sprecher der Waldorfschulen dabei unverständlich. In der jüngeren Vergangenheit gab es zwar des öfteren auch kritische Berichte über Waldorfschulen, wobei diese sich stets nur mit Einzelfällen beschäftigt haben, deren Allgemeingültigkeit nicht überprüfbar ist. Eine grundsätzliche Kritik der okkulten Pädagogik, die auf einer von rassistischen und antisemitischen Inhalten durchsetzten Weltanschauung fußt, fehlt noch immer.